

Beiträge zum
Widerstand 1933–1945

BERLIN

31

INGEBORG FLEISCHHAUER

Der Widerstand gegen den Rußlandfeldzug

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

Hinweis: In den von der Autorin stammenden Textteilen wurde die sogenannte wissenschaftliche Umschrift gewählt, während in den nur zitierten Texten die dort verwendete Schreibweise beibehalten wurde.

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30

1. Auflage 1987

Redaktion: Nicolaus Starost

Druck: Felgentreff & Goebel

ISSN 0175-3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt

2

Der Widerstand gegen den Rußlandfeldzug ¹⁾

Graf Schulenburg und die Deutsche Botschaft Moskau*

Es gehört zu den scheinbaren Paradoxien der zeitgeschichtlichen Forschung über den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime und besonders seine Genese, daß die Rolle, die der Komplex Rußland bzw. Sowjetunion im Bewußtsein der oppositionellen deutschen Eliten spielte, so gut wie unberücksichtigt geblieben ist (2). Der europäische Osten wird – sieht man von einigen biographischen Studien zum Umkreis traditionsreicher preußischer Militärs und Beamter ab (3) – im überwiegenden Teil der Darstellungen als ein bedrohlicher und unter dem Ringen um die Zeit immer näherrückender Kontrasthintergrund transparent, gegen den die Handvoll beherzter Männer ihre Aktion zur Rettung von Volk und Staat in die Wege zu leiten suchten. Auch die bis vor kurzem vorliegenden Analysen der außenpolitischen Bestrebungen der Verschwörer gingen fast ausschließlich auf die Kontakte zu den Westmächten ein und thematisieren die Versuche der Anbahnung von Gesprächen mit dem Osten bestenfalls als Forschungsdesiderat (4). Dieses Desiderat schien aus Gründen, die selbst einer Untersuchung wert wären, so sehr eine *quantité négligeable*, daß eine jüerst vorgenommene kritische Gesamtbewertung der Historiographie des Widerstandes den „Komplex der Außenpolitik der Verschwörer als weitgehend geklärt“ (5) bezeichnete. Die deutsche Widerstandsforschung hat es weniger vermocht, sich diesem aus deutscher Nachkriegsperspektive so schwierigen Gesamtkomplex der vielschichtigen und im Verlaufe des Krieges profunden Wandlungen unterliegenden Einstellung der Verschwörer zum östlichen Nachbarn Deutschlands zu stellen; sie neigte vielmehr zu seiner Negierung. Erst in neuester Zeit wird man sich dieses Mangels bewußt (6), steht allerdings heute einem vertieften Quellenproblem gegenüber.

Dieses Defizit überrascht umso mehr, wenn man bedenkt, daß:

- die aktiven Militärs innerhalb der deutschen Opposition gerade während der tiefen individuellen und kollektiven Misere des Rußlandfeldzugs – in den partisanenumkämpften Gebieten der Heeresgruppe Mitte, im Kessel von Stalingrad und bei der Verarbeitung der Erfahrung der großen Panzerschlacht von Kursk und Orel – zu ihrer klaren inneren Überzeugung von der Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit des Staatsstreichs heranreiften.
- die an der Verschwörung beteiligten Zivilisten aus Gründen ihrer unaussprechlichen Scham über die im weiten europäischen Osten, von den Anhöhen vor Leningrad bis zum Kaukasus, vom Bug bis zum Don, vollbrachten Untaten, die Millionen deutscher Männer mit in den Sog der Gewalt zogen, gegen die Urheber dieses vielfachen Opfergangs aufstanden, und
- die weltpolitisch denkenden und gesamteuropäisch orientierten Diplomaten unter ihnen, getragen von einem breiten Konsensus des gebildeten Deutschland der Zwischenkriegszeit, aus dem Bewußtsein ihrer besonderen Verpflichtung gegenüber West und Ost handelten.

* Überarbeiteter Vortrag im Rahmen der offiziellen Feiern zum 20. Juli der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek am 19. Juli 1987.

Die Gründe für die nachhaltige Verdrängung dieses so naheliegenden Problemkreises sind wohl vor allem in jenem Übermaß an Schuld zu suchen, das die deutsche Nation in diesem Jahrhundert in einer bestürzenden Kontinuität von außenpolitischen Irrwegen gegenüber dem russischen Volk und den Völkern der russisch-sovjetschen Randgebiete aufgehäuft hat: Diese Irrwege setzten – sieht man selbst von dem durch allseitigen Stammeshaß begünstigten Beginn des Ersten Weltkrieges einmal ab – mit jener „destruktiven Rußlandpolitik“ ein, für die der Name Ludendorff negativen Symbolwert besitzt; sie setzten sich im Bündnis Hitlers mit Stalin, seinem Kalkül von Zynismus gegenüber den betroffenen Völkern und Täuschung des Vertragspartners, fort; und sie führten mit dem *mot d'ordre* eines Vernichtungs- und Unterwerfungskrieges, der Millionen unter dem Sowjetstern lebender und leidender Familien ihre Väter, Söhne und Männer entriß, in die tiefsten Agonien, die kriegführende Nationen wohl bis dahin durchlebt hatten.

Dieser Berg von Schuld – eine Metapher, in der der Begriff *Schuld* die psychoanalytische Dimension von Furcht vor Bestrafung und Wille zur Selbstbestrafung umfaßt – erreichte so gigantische Ausmaße, daß er bis jetzt den Blick auf das Naheliegende verstellt.

So kann es nicht überraschen, daß schon vor dreißig Jahren die Einstellung der außenpolitischen Planer im Kreise der Verschwörer, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Adam von Trott zu Solz, zur „Ost-West-Frage ... umstritten“ (7) war, und dieser Sachverhalt trotz mancher ernsthafter Versuche, vor allem ostdeutscher Historiker, nach wie vor nahezu unverändert fortbesteht (8). So haben noch heute die Ansichten Geltung, der prüfende und suchende Blick der Verschwörer nach Osten – nach Angabe der vernehmenden Organe des Reichssicherheitshauptamts in den unterschiedlichen außenpolitischen Planungsschemata der Verschwörer als „Ostweg“, „Ostlösung“ oder auch „vermittelnde Lösung“ bezeichnet – habe sich in einem rein taktischen Manöver (9) der Erpressung (10) und des „Mühlespielens“ (11) mit den Alliierten, wenn nicht einfach in Restbeständen revolutionärer Romantik (12) oder schlicht Illusionen (13) erschöpft. Denn wie hätten sich – dies ist der vielfach anklingende Tenor – ansonsten politisch real denkende Menschen auf ein solches Wagnis einlassen können!

Vor einer Gestalt allerdings bleibt diese Forschung in einer gewissen Ratlosigkeit stehen: der des Botschafters Friedrich Werner Graf von der Schulenburg (1875–1944). Sein Mut zur Verständigung mit dem Osten selbst in den düstersten Monaten nach Stalingrad und Kursk wurde allerdings schon damals von einigen seiner Kollegen auf den realitätsfernen Optimismus (14) oder blinden Glauben des alternden Diplomaten (15) zurückgeführt; umso leichter konnte er in der Nachkriegszeit als Ausdruck unverbesserlichen wilhelminischen Konservatismus abgetan werden. (16)

Was wirklich die Männer um Henning von Tresckow, Adam von Trott zu Solz und Claus Schenk Graf von Stauffenberg bewog, den um eine Generation älteren Schulenburg im Herbst 1943 an exponierter Stelle in ihre Pläne einzubeziehen, was Beck veranlaßte, ihn und Hassell wenige Tage vor dem Attentat zu sich zu bitten, um nun endgültig dem früheren Botschafter in Moskau das Res-

sort des Auswärtigen und damit die Last der Friedensangebote nach allen Seiten anzutragen, ist bisherigen Überlegungen auf symptomatische Weise entgegen, – der Ausgang des Krieges und die Nachkriegsentwicklung hatten den Blick für jene Möglichkeit getrübt, die Patrioten wie Schulenburg damals im Angesicht des Verfalls von Volk und Vaterland unter dem Einsatz ihres Lebens zu realisieren hofften: eine glaubwürdige Wendung auch nach Osten mit dem Ziel der sittlichen Bereinigung der deutschen Schuld und Schaffung einer wohlfundierten, beständigen Nachkriegsordnung.

Eine Erklärung für diesen dem äußeren Anschein nach anachronistischen Glauben Schulenburgs an die Gesprächsbereitschaft des Kreml im vorgerückten Stadium des Krieges liegt in der langjährigen Erfahrung, die die Deutsche Botschaft Moskau in ihrer Gratwanderung zwischen Hitler und Stalin gesammelt hatte. Sie war zu einem Zeitpunkt zu einer Bastion des Widerstandes gegen die Rußland-Politik der Hitler-Regierung geworden, zu dem andere potentielle Gegenkräfte bereits ausgeschaltet waren:

- Die kommunistische Partei war zerschlagen, ihre noch bestehenden freien Kräfte in den Untergrund oder ins Exil gedrängt; dort ereilte sie unter dem Schock des Molotov-Ribbentrop-Paktes (17) der Befehl Stalins, die subversive Tätigkeit gegen Nazi-Deutschland einzustellen.
- Die prosovjetischen Kräfte der höheren deutschen Beamtschaft, des Militärs, der Künste und des Geisteslebens waren in einem Spionage- bzw. nach sovjetischem Verständnis „Kundschafter“-Netz, der später von Walter Schellenberg so genannten „Roten Kapelle“ organisiert, für die sich aktiver, nach außen hin sichtbarer Widerstand von selbst verbot.
- Die Elemente der Reichswehr, die an einer wohlverstandenen Nähe zum Sowjetstaat festhielten, hatten mit dem Abbruch der Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee an Boden verloren oder sich, wie Freiherr von Hammerstein-Equord, aus Protest zurückgezogen. Die verbleibenden Teile der Generalität und die in Schnellverfahren nachbeförderten Spitzen der Wehrmacht waren Hitler als dem Oberbefehlshaber (ab Februar 1938) hörig oder wurden auf unterschiedliche Weise gefügig gemacht. Über sachliche Einwände, wie sie Generalstabschef Franz Halder erhob, bedenkliches Zögern, wie es der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch in entscheidenden Planungsstufen an den Tag legte, und andere Formen „verhaltener Kritik“ (18) hinaus haben sie Hitlers Absichten im Osten keinen Widerstand entgegengesetzt.
Das Wilhelm Canaris unterstehende Amt Ausland/Abwehr des OKW allein konnte, trotz seiner Hinweise auf die militärische Stärke der UdSSR, die im sog. Führerhauptquartier bestehende Kräftekonstellation nicht aufweichen.
- Die bürgerlich-demokratischen und national-liberalen Gruppierungen, in denen traditionellerweise auch ein tiefes Interesse für Rußland wach war, waren ihrer Institutionen durch Gleichschaltung, ihrer denkenden Köpfe durch Verhaftung und Exil beraubt.

- Der überwiegend passive Widerstand der von kommunistischen und sozialistischen Untergrundgruppen inspirierten Arbeiterschaft hat mit Arbeitsniederlegungen und anderen Formen der Obstruktion wohl Heldenhaftes geleistet; indes war er ohnmächtig, die Rüstungsspirale aufzuhalten, geschweige denn die Züge nach Osten zum Stehen zu bringen.

So fiel das Hauptgewicht des Widerstandes gegen Hitlers Rußland-Politik mit der Deutschen Botschaft Moskau jener Institution zu, die unter den Voraussetzungen einer „normalen“ Außenpolitik ihr Wort hätte in die Waagschale werfen können, unter den gegebenen Umständen aber kaum Einfluß besaß: In einer Zeit, in der „die Zertrümmerung des Auswärtigen Amts... in der Richtung an die Parteilandsknechte, sei es SS, sei es SA“ (19) voranschritt, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts als auslandswirksame Attrappe für aristokratisch-beamtenthaftere Verlässlichkeit und württembergische Gediegenheit bürgen sollte und der Außenminister zur Marionette eines unsteten und unberechenbaren Kanzlers geworden war, besaß die Deutsche Botschaft Moskau *per se* weder Ansehen noch Gewicht. Aus Berliner Sicht als totes Gleis zur Abschiebung untauglicher diplomatischer und militärischer Querulanten betrachtet, hatte sich in ihr gegen Ende der dreißiger Jahre eine Reihe von Persönlichkeiten zusammengefunden, die auch in den nervlichen Zerreißproben der abrupten Wechselbäder nationalsozialistischer Außen- und besonders Ostpolitik festen Zusammenhalt bewahrten:

Botschafter Friedrich („Fritz“) Werner Graf von der Schulenburg (20), Abkömmling einer alten preußischen Offiziersfamilie, hatte neben anderen Verwendungen im wilhelminischen Deutschland über acht Jahre die Konsulate Warschau und Tiflis im Russischen Reich geleitet, bevor die Schülersche Reform des Auswärtigen Amts die demütigende Beschränkung des vermögenslosen Amtsangehörigen auf die konsularische Laufbahn aufhob. In den ersten Jahren der Weimarer Republik in den diplomatischen Dienst übergegangen, versäumte er es während seiner kurzen Berlin-Aufenthalte nicht, dem Vertreter des Sowjetstaates einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. Mit dem Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, war er gut bekannt und besuchte ihn, dessen Amtszeit mit der NÖP-Zeit zusammenfiel, wiederholt in seiner Moskauer Residenz. Zu Rudolf Nadolny, einem alten Kameraden im Amt, bestand ein freundschaftliches Verhältnis, das auch anhielt, als Schulenburg den aus Protest gegen Hitlers Rußlandpolitik zurückgetretenen und in den Ruhestand versetzten Botschafter am 1. Oktober 1934 in Moskau ablöste. Hier standen Schulenburg als persönliche Referenten in den ersten sechs Jahren der bereits in sovjetischen Fragen versierte Stresemann-Schüler Hans Herwarth von Bittenfeld, in den zwei Jahren des Molotov-Ribbentrop-Paktes Gebhardt von Walther zur Seite.

Die beiden neben dem Botschafter wichtigsten Persönlichkeiten der Botschaft waren der seit den frühen 20er Jahren als unentbehrliche Ortskraft tätige spätere Botschaftsrat Dr. Gustav Hilger als Beauftragter für Handelsfragen und der Militärattaché General Ernst Köstring. Das Dreigestirn Schulenburg-Hilger-Köstring vereinte einige der besten deutschen Kenner Rußlands und der Sowjetunion jener Jahre. Hilger und Köstring waren in Rußland geborene und aufgewachsene Deutsche, die das russische Volk und den Sowjetstaat intimer kannten und verstanden als das ihnen relativ ferne Deutschland. Beide hatten ein

großes Netz sovjetischer Freunde und Bekannter, zu denen im Falle Köstrings, aus der Zeit der gemeinsamen Zusammenarbeit in Reichswehr und Roter Armee, auch führende Militärs, wie etwa Semen Michajlovič Budennyj gehörten. Als Militärattaché hielt Köstring nicht nur Hitler einmal im Jahr Vortrag über die Entwicklung der Roten Armee, deren imposante Entwicklung er mit Respekt verfolgte; er stand auch in engem Kontakt zu Admiral Canaris, der große Teile seiner Informationen über die militärische Verfassung des Sowjetstaates von Köstring und seinen Untergebenen erhielt. Hilger, ein hochgebildeter Moskauer Fabrikantensohn mit enzyklopädischem Wissen, war bis zu dem Grade russophil und aufgeschlossen gegenüber den Entwicklungen im Sowjetstaat, daß selbst der in der Zeit des Molotov-Ribbentrop-Paktes in der Deutschen Botschaft eingebaute Sovjetinformant, der illegale Kommunist und Angehörige der „Roten Kapelle“, Gerhard Kegel, in ihm als seinem Abteilungsleiter einen vielbewunderten Lehrmeister sah.

In politisch-ideologischer Hinsicht operierte die Botschaft bis zu einem gewissen Grade im Niemandsland zwischen Hitler und Stalin. Gerade weil diese Diplomaten – nach der Kenntnis von Beobachtern dritter Länder – „gleichermaßen weit vom Geist der bolschewistischen und der nationalsozialistischen Doktrin entfernt waren“ (21), erkannten sie die Möglichkeiten einer Politik des Ausgleichs und gegenseitigen Einvernehmens. Die Ansicht Bismarcks, daß die Interessen Rußlands und Deutschlands natürlicherweise zusammenfielen, war an der Botschaft nachgerade Gesetz. Die Zuspitzung des ideologischen Gegensatzes führte sie überwiegend auf das aggressive Haßpotential des Nationalsozialismus zurück. Die Frage der Parteizugehörigkeit wurde an der Botschaft offen –, Partei und SD wurden weitestgehend „vor der Tür“ (22) gelassen: dem Botschafter ging mit dem Tage seines Amtsantritts in Moskau – in einer der großen Auslandsvertretungen des „Dritten Reichs“ – die Mitgliedskarte (Nr. Z 8664 19) zu (23), Hilger ist der NSDAP – nach eigenen Angaben – niemals beigetreten. Köstring stand ihr innerlich unverändert fern.

Der Geist der Deutschen Botschaft Moskau war von zwei Erkenntnissen geprägt; einerseits dem Wissen um die nachhaltigen Bemühungen Stalins, ein tragfähiges Paktsystem mit Deutschland zustandezubringen, das den beiden durch Versailles gedemütigten Mächten wieder ein Mitspracherecht in der Welt geben sollte, und andererseits der wachsenden Erfahrung von der Symmetrie der Systeme, gewissen Formen innerer Konvergenz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem stalinistischen Sowjetimperium:

(1) Die Botschaft kannte die Hintergründe der Litvinov-Nadolny-Demarche zur Neubelebung eines Rapallo-ähnlichen Zustandes im Frühjahr 1934, die durch Stalins Rede vor dem XVII. Parteitag der VKP (b) (Januar/Februar 1934) gestützt worden war. Stalin hatte das Gespenst der imperialistischen Einkreisung durch Großbritannien und Japan an die Wand gemalt und die nicht-revanchistischen Kräfte Deutschlands, zu denen er potentiell auch den namentlich nicht erwähnten Kanzler Hitler zählte, zur Festigung der deutsch-russischen Beziehungen aufgefordert. Und er hatte, nachdem seine Anfragen unbeantwortet geblieben waren und er sich, auf Drängen Litvinovs, zur Schaffung eines anti-deutschen Gegengewichtes im sog. System der kollektiven Sicherheit genötigt gesehen hatte, bis in das Jahr 1937 hinein durch private Sondierungen weiter auf

die deutsche Regierung einzuwirken versucht (24). Die Deutsche Botschaft Moskau und die Rußlandabteilung der Wilhelmstraße hatten diese Versuche der Wiederanknüpfung politischer Beziehungen nach Kräften, aber ergebnislos, unterstützt.

(2) Mit zunehmender Erkenntnis der zwischen diesen beiden „Führer“-Staaten bestehenden Analogien und wachsendem Wissen der längerfristig aggressiven Pläne Hitlers in Ostmittel- und Osteuropa richteten sich die Bemühungen der Botschaft nicht nur auf Vermeidung jeder Reizung, die zu einem Konflikt zwischen den beiden totalitären Staaten führen konnte; sie suchte auch nach Mitteln und Wegen, um Hitler, den außenpolitisch weit gefährlicheren der beiden „Führer“, der bei ähnlicher Unmenschlichkeit seiner Innenpolitik doch an klarer Berechenbarkeit und staatsmännischem Format weit hinter Stalin zurückblieb, durch vertragliche Bindungen an die Sowjetunion zu zähmen. So hielt die Botschaft über Jahre eisiger deutscher Verkrampfung gegenüber der Sowjetregierung hinweg eine menschliche und dialogbereite Situation aufrecht, die es im günstigen Moment erlauben würde, von den laufenden Handels- zu politischen Gesprächen übergehend, an die Neugestaltung politischer Verträge heranzutreten. Konsequenterweise wies sie in ihrer Berichterstattung auf die sovjetische Bereitschaft zu einem Ausgleich mit Deutschland hin, wobei die unterschwellige Information ihrer Berichte in der Vergleichbarkeit und insofern grundsätzlichen Annäherungsfähigkeit der beiden Systeme bestand. Warnend wurde immer wieder hervorgehoben, daß ostpolitisches Abenteuerium die sichere Niederlage Deutschlands nach sich ziehen würde.

Ein Wort zu der zu diesem Zwecke verwendeten Sprache.

Nach Ablauf von mehr als vier Jahrzehnten scheint nunmehr in der deutschen Widerstandsforschung ein puristischer Sprachpositivismus die Oberhand zu gewinnen, der diese Texte gleichsam als absolute Entitäten für sich betrachtet, ohne ihre spezifische Genese und Intentionalität, ihre subtilen, aber signifikanten Abweichungen von allgemeinen „Sprachregelungen“ und damit ihre unterschwellige Bedeutung zu beachten. Diese – eminent ahistorische – Methode erkennt, daß dem biblischen Gebote „Eure Worte seien Ja, Ja -- Nein, Nein!“ unter den Bedingungen der Tyrannei ein anderes Gebot gegenüberstand: das der Bewahrung des Lebens – des eigenen wie das der anderen. Sprachlicher Heroismus hatte im Nationalsozialismus eine kurze Lebenserwartung. Hinzu kommt, daß die Sprache des Diplomaten ohnedies von anderer Beschaffenheit ist als etwa die des Militärs. Dennoch weisen die Texte der Deutschen Botschaft Moskau, wohl auch deshalb, weil ihre Verfasser partiell aus dem gefährvollen Netz des nationalsozialistischen Alltags ausgenommen waren, ein erstaunliches Maß an Klarheit, ja Kühnheit auf. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen.

Ende 1937 löste die sog. **Tuchačevskij-Affäre** und die mit ihr verbundene Liquidierung großer Teile des russischen Offizierskorps, bei denen – wie die Botschaft von Canaris wußte – auch Heydrich seine Hand im Spiele gehabt hatte, in der Umgebung Hitlers den Eindruck aus, die Rote Armee sei auf lange Jahre kampfunfähig gemacht. Um diesem gefährlichen Mißverständnis entgegenzuarbeiten, nutzte der Botschafter das Angebot ihm befreundeter Kräfte der Wehrmacht, um am 25. November 1937 vor der Wehrmachtsakademie in Berlin

über das Thema „Politische Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion“ zu referieren. Unter Hinweis auf die bedeutende Rolle, die Rußland in der preußisch-deutschen Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte gespielt habe, schilderte Schulenburg mit eindrucksvollen Worten und Bildern die Verwandlung des derzeitigen Rußland in eine politisch und wirtschaftlich potente Macht, führte er ein überzeugendes Plädoyer für eine deutsch-russische Annäherung. An das Ende seiner Ausführungen über den Patriotismus der in ihrer Defensivkraft ungeschmälernten Roten Armee stellte Schulenburg die explizite Warnung, daß sie „jedem Angreifer, der Gelüste auf russisches Territorium verspüren sollte, das gleiche Schicksal wie Napoleon“ (25) bereiten wolle.

Die erste gefährliche Konfrontation, die den Widerstand der Botschaft auslöste, war die **Sudetenkrise** im Sommer 1938. Anders als seinen Kollegen in den westeuropäischen Hauptstädten war dem Deutschen Botschafter in Moskau bewußt, daß die Regierung, bei der er akkreditiert war, von einem deutschen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei nicht nur aufgrund ihrer vertraglichen Pflichten gegenüber der Regierung Beneš, sondern auch in ihrem Bedürfnis nach militärischer Sicherheit unmittelbar tangiert war. Die Botschaft wußte auch, daß die noch von den Schlägen der Säuberung betäubte Rote Armee schwer am japanisch-russischen Grenzkonflikt trug, in dem die sovjetische Seite peinlich streng defensive und völkerrechtlich korrekte Ziele verfolgte. Dem *cauchemar des alliances*, dem die Sowjetregierung mit dem Beginn der Sudetenkrise als einer potentiellen Zwei-Fronten-Konfrontation entgegensah, wäre Stalin – so konnte es der Botschaft scheinen – vielleicht gern durch eine Lösung entgangen, in der Deutschland Japan Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion auferlegt und dafür freie Hand in der Sudetenfrage erhalten hätte. Doch eine solche Lösung hätte Hitler – aus Sicht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten M. M. Litwinov wie auch der Botschaft – einen Freibrief zu ungezügelter militärischer Expansion ausgestellt. Die Botschaft richtete deshalb ihre Hoffnungen auf eine klare Haltung der Sowjetregierung. Sie erfüllten sich – trotz der zündenden Worte Litwinovs vor dem Völkerbund in Genf – nicht: Weder traf – wie eine geheime Informationsreise von Botschaftsangehörigen bewies – der sovjetische Generalstab die geringsten militärischen Vorkehrungen; noch sicherte das Außenkommissariat der Regierung Beneš wirksame Hilfe zu. Als eine „Sprachregelung“ des Auswärtigen Amts Ende Juli 1938 Hitlers Willen unterstrich, seinen Ansprüchen im Sudetenland selbst unter Inkaufnahme eines Zweifrontenkrieges Geltung zu verschaffen, sah sich die Botschaft zu einem ersten Schritt des Widerstands veranlaßt.

In den ersten Augusttagen 1938 reiste der Botschafter – und parallel zu ihm sein persönlicher Referent – nach Berlin. Während Herwarth hier mit dem Leiter des Ministerbüros Ribbentrop, Erich Kordt, Kontakt aufnahm und über diesen durch Dr. Eduard Brücklmeier, einen vertrauten Mitarbeiter Schulenburgs aus seiner Teheraner Zeit, in die Pläne der deutschen Opposition eingeweiht wurde, suchte der Botschafter auf die Entscheidungsträger einzuwirken. Die Ergebnisse waren negativ, die erhaltenen Informationen in dem Maße besorgniserregend, daß er – möglicherweise in Absprache mit Kräften der Opposition um Canaris – nach einigen Tagen den sovjetischen Geschäftsträger, Georgij Astachov, aufsuchte. Im Gespräch mit Astachov sprach Schulenburg seine Befürchtungen mit erstaunlicher Offenheit aus. Wie aus dem Bericht Astachovs an

Litvinov (26) hervorgeht, deckte sich die Lagebeschreibung Schulenburgs mit der des französischen Botschafters in Berlin, A. François-Poncet, und sogar des tschechoslovakischen Botschafters, V. Mastný. Nach Astachov hatte „selbst Schulenburg nicht verheimlicht, daß die Lage äußerst gespannt ist, und man, wenn keine Entladung erfolge, für nichts garantieren könne, besonders 'wenn in der Tschechoslowakei ein paar Deutsche umgebracht würden'...“

Wenige Tage bevor Generaloberst Ludwig Beck aus Protest gegen die Pläne Hitlers seinen Rücktritt erklärte (18. August 1938), reiste Schulenburg unverrichteter Dinge nach Moskau zurück. Hier bat er umgehend um einen Termin im Außenkommissariat. Am 20. August wurde er vom Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, V. P. Potemkin, empfangen. In seinem Bericht über dieses Gespräch mit Schulenburg betonte auch Potemkin: Schulenburg „verheimlichte nicht, daß die Lage in Mitteleuropa erneut einen äußerst gespannten Charakter angenommen habe“ und sich Hitler zu einer bewaffneten Aktion entschließen könnte. Doch der Stellvertretende Außenkommissar wich diesem Thema aus und wollte stattdessen die deutsche Haltung zum sovjetisch-japanischen Grenzkonflikt eruieren. Mit einer – nach dem Protokoll Potemkins – „merkwürdigen Geste“ besorgter Hilflosigkeit nahm Schulenburg diese implizite Antwort – die mangelnde sovjetische Bereitschaft für eine Zwei-Fronten-Konfrontation – zur Kenntnis.

Zwei Tage später sprach der Botschafter bei Litvinov vor. Laut Protokoll Litvinovs versuchte Schulenburg in dieser Unterredung „angestrengt, das Gespräch auf das tschechoslovakische Problem zu lenken, indem er versuchte, die Stimmung in der Tschechoslowakei, in England, Frankreich und in der UdSSR zu klären“. Litvinov hatte zunächst „den Eindruck, daß er einen speziellen Auftrag seiner Regierung hatte,“ einen Eindruck, den er im nachhinein in Zweifel zog, ohne indes das von ihm als „vieldeutig“ betrachtete Verhalten Schulenburgs richtig zu interpretieren. Erst später galt dieser Besuch bei Litvinov in Moskau allgemein als „rein privater Besuch“. Immerhin hatte es Schulenburg durch seine bohrenden Nachfragen erreicht, daß Litvinov sich zu den sovjetischen Bündnispflichten gegenüber der Tschechoslowakei bekannte. Er deutete auch an, daß Frankreich mobilmachen und England *volens volens* seinem Beispiel folgen werde; das tschechoslovakische Volk – so Litvinov – würde wie ein Mann kämpfen... Zu einer konkreteren Androhung sovjetischer Gegenmaßnahmen hatte Schulenburg Litvinov nicht veranlassen können.

Ungeachtet der Tatsache, daß nach seiner Kenntnis der Dinge mit sovjetischer Passivität zu rechnen war, gab Schulenburg die Antworten Litvinovs in stark pointierter Form nach Berlin weiter (27): Der sovjetische Außenkommissar, so betonte er in seinem Bericht an das Auswärtige Amt, sei der Überzeugung, daß die Sudetendeutschen Hitler nur einen Vorwand böten, er „erstrebe die Vernichtung der gesamten Tschechoslowakei“ und „wolle das Land erobern“. In jedem Falle werde Deutschland der unprovizierte Eroberer sein, d. h. in diesem Falle werde die volle Dynamik des Bündnisses zum Tragen kommen. Ein Beispiel für die Berichterstattung des Botschafters, der die geringsten sovjetischen Unmutsbekundungen zu Abschreckungszwecken als massive Drohungen weitergab, enthält der Satz: „Wenn Litvinov auch nur davon sprach, Frankreich werde 'mobilmachen', es für mich unzweifelhaft ist, daß er mit diesem Aus-

druck gemeint hat, Frankreich werde Deutschland angreifen.“ Unter ähnlicher Überhöhung der Aussagen des Außenkommissars betonte er, die Sowjetunion werde zunächst England und Frankreich im aktiven Kampf gegen Deutschland voranschicken, ihre westlichen Wehrkreise mobilisieren, durch Einsatz ihrer U-Boote die deutschen Eisenverschiebungen aus Schweden und Norwegen stören, durch ihre Luftwaffe über der Ostsee Ostpreußen angreifen und seine Seeverbindung zum Reich blockieren. Daneben werde sie die deutschen Arbeiter mobilisieren und die gesamte „marxistische und jüdische Presse“ in der Welt gegen Deutschland einsetzen... Sie werde schließlich gestärkt aus diesem Konflikt hervorgehen und für Deutschland ein machtvollerer Gegner werden.

Stärkere Argumente hätte die Botschaft zur Abschreckung Hitlers kaum ins Feld führen können. Doch ihre Wirkung scheiterte an der in der Praxis unwiderrufenen sowjetischen Passivität.

Während Schulenburg die sowjetische Seite vergeblich zu einer klaren Absichtserklärung zu veranlassen suchte, nahm sein persönlicher Referent in Moskau am 22. August 1938 in Absprache mit Brücklmeier Verbindung zur Britischen Botschaft auf, um sie in regelmäßigen Abständen über die deutschen Pläne und den Gang der deutsch-sovietischen Gespräche zu informieren. Eine der ersten Nachrichten, die dem Foreign Office von nun an auf diesem Wege zuzingen, besagte, daß es für Berufsdiplomaten wie Graf Schulenburg äußerst beunruhigend (*very disturbing*) sei, mit ansehen zu müssen, wie Deutschland straflos in die Tschechoslowakei einfallen werde.

Als sich mit dem Münchner Abkommen (29. September 1938) und dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei (1. Oktober 1938) die Bemühungen der Deutschen Botschaft als ergebnislos erwiesen hatten, brachte Schulenburg – wohl das einzige Mal während seines langen Moskauer Aufenthaltes – seine Enttäuschung über das sowjetische Verhalten zum Ausdruck. In einem Anflug von Verbitterung teilte er Staatssekretär von Weizsäcker mit, die Sowjetregierung habe sich ruhig verhalten, vielleicht sogar auf einen kleinen Krieg der anderen spekuliert, jetzt habe sie den Schaden zu tragen. In seiner offiziellen Berichterstattung hingegen suchte er die nach Hitlers Sieg entstandene Euphorie und den Glauben zu dämpfen, man könne mit dem militärisch und außenpolitisch geschwächten Sowjetstaat von nun an nach Belieben verfahren. Er hob warnend hervor, daß für Stalin „der zweite imperialistische Krieg tatsächlich schon begonnen“ habe und „Oberster Grundsatz der sowjetischen Politik ... die Bekämpfung des Faschismus und die Stärkung der Machtmittel des Sowjetstaates“ sei. „Jeden Ausfall der Aggressoren, sei es im Westen oder im Osten,“ wolle der Sowjetstaat „mit einem dreifachen Gegenschlag beantworten“.

Es war eine tragische Koinzidenz der Ereignisse, daß sich der **politische Handlungsspielraum** der Deutschen Botschaft Moskau zu dem Zeitpunkt zu weiten begann, als Hitler nach der ungehinderten Zerschlagung der Tschechoslowakei den polnischen Staat ins Visier nahm und zur ungestraften Durchführung seiner Polen-Pläne die Passivität der UdSSR benötigte, wenn die Vorschläge der Botschaft, über eine Intensivierung des Handels zur Wiederaufnahme politischer Beziehungen zu gelangen, in dem Moment das Interesse Hitlers fanden, als er zur Unterstützung der Kriegswirtschaft das Rohstoffreservoir der Sowjet-

union auszubeuten gedachte. Die Sowjetregierung, durch die in München geschaffene Situation in außenpolitische Isolation geraten, durch den andauernden Konflikt mit Japan militärisch belastet und durch das zunehmende internationale Gewicht Deutschlands in einen gespannten Wartezustand versetzt, ging nun auf die Strategie der kleinen Schritte ein, mit der die Botschaft die Situation zu entschärfen suchte. Als Stalin am 10. März 1939 in seinem Rechenschaftsbericht vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU, deutlicher noch als vor dem XVII. Parteitag im Jahre 1934, die in der UdSSR wie offenbar auch in Deutschland bestehenden Einkreisungsängste thematisierte und betonte, er sei nicht gewillt, für die westlichen Demokratien „die Kastanien aus dem Feuer zu holen,“ schien das Eis zu brechen. Der Botschafter begab sich umgehend nach Berlin, um die entscheidende Wende im deutsch-sovjetischen Verhältnis einzuleiten.

Die Entstehung des **Hitler-Stalin-Paktes** ist in die deutsche Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit zu Recht als eines der folgenschwersten Kapitel der deutschen Kriegsvorbereitung eingegangen, gab dieser Pakt Hitler doch die Möglichkeit, Polen zu zerschlagen und zu seiner ungezügelter Kriegführung im Norden und Westen Europas auszuholen. Unter den äußerst komplizierten Bedingungen des Sommers 1939 hingegen erblickte die Botschaft Moskau in einer festen vertraglichen Bindung Hitlers an seinen stärksten europäischen Kontrahenten die Chance, den deutschen Diktator auf ein Prokrustesbett zu zwingen. Sie suchte, nachdem der Botschafter die Zustimmung Ribbentrops gewonnen und Gustav Hilger und General Köstring im Gespräch mit Hitler den Weg für eine Öffnung nach Osten freiarargumentiert hatten, die auf deutscher Seite entstehende Bereitschaft zu nutzen, um aus einem taktischen Zweckbündnis auf Zeit, wie es Hitler vorschwebte, eine vertragliche Festlegung auf Dauer zu machen. Mit einer von äußerster Sorge um die Entwicklung Deutschlands getragenen Beharrlichkeit und Konstanz ihrer Zielsetzung fing sie die sich überschlagenden, hektischen Willenseruptionen des dieser Bindung widerstrebenden Kanzlers Hitler ab, um unter Einräumung einer entsprechenden Vorbereitungszeit für die Sowjetregierung ein langfristig beständiges Vertragswerk zustande zu bringen. Ihr zähes Ringen, das in den offiziellen Dokumenten nur begrenzt Niederschlag finden konnte, läßt sich u. a. an zwei wichtigen Meilensteinen auf dem Wege zu diesem Vertragsschluß ablesen:

(1) Mitte Mai 1939 hatte sich der Botschafter in Berlin davon überzeugt, daß Hitlers Entscheidung für eine Annäherung an Stalin gefallen war. Eine Reihe von Beobachtungen ließ ihn allerdings erkennen, daß Hitlers Absichten im völligen Gegensatz zu der von der Botschaft verfolgten Konzeption standen. Von nun an stellte er in seiner Berichterstattung die beträchtliche Kühle in den Vordergrund, mit der die Sowjetvertreter auf seine Anregungen zur Wiederaufnahme politischer Gespräche reagierten. Gleichzeitig gab er Molotov zu verstehen, die Sowjetregierung möge sich mit Bedacht und ohne jede Eile auf die neue Situation einstellen. Die sovjetische Seite schwieg nun zu dem deutschen Angebot, bot aber die Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen an. Der Botschafter nutzte das sovjetische Schweigen zu den politischen Fragen, um erneut in Berlin die hier bestehende Bereitschaft zum Zwecke haltbarer, verlässlicher Vereinbarungen zu nutzen: Deutschland sollte endlich versichern, daß es keine aggressiven Absichten gegen die Sowjetunion hege, und die volle Gültig-

keit sowie den freundschaftlichen Geist des Berliner Vertrags von 1926 bestätigen. Gemeinsame Garantien im Hinblick auf Polen und Rumänien – wichtige Länder der „Sicherheitszone“ der Sowjetunion, um welche sie auch in den Verhandlungen mit England und Frankreich rang – könnten das Vertragswerk komplettieren. Unter dem Zeitdruck der Polenpläne stehend, gaben Hitler und Ribbentrop diesmal dem Drängen des Botschafters nach. Dieser suchte erneut, noch in Berlin, den sowjetischen Geschäftsträger auf, um ihm mitzuteilen, die deutsche Seite meine es nun ernst. Gegenüber Ribbentrop hingegen rechtfertigte er weiterhin das anhaltende sowjetische Mißtrauen. Desungeachtet hatte er im Gespräch mit Astachov in Berlin sowie kurz darauf mit Molotov in Moskau das sowjetische Interesse geweckt. Beide vertrauten den Erklärungen des Botschafters. Die Mitteilung Schulenburgs – so schrieb später der damalige sowjetische Botschafter in London, Ivan Majskij (28) – „entsprach den sowjetischen Wünschen und bedeutete einen für uns günstigen Umschwung in der deutschen Politik“.

(2) In den Ende Juli 1939 einsetzenden Vorgesprächen, die Dr. Karl Schnurre, Leiter der Ost-Gruppe der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, mit Astachov in Berlin und – in Absprache mit ihm – Schulenburg mit Molotov in Moskau führten, verwendeten die beiden deutschen Unterhändler eine Technik des Zeitgewinns, die an die Stelle des von Hitler gewünschten sofortigen Abschlusses – der Angriff auf Polen sollte einen Monat später erfolgen – ein Drei-Etappen-Schema stellte; dieses räumte der Sowjetregierung eine gewisse Flexibilität ein und wurde daher von den sowjetischen Gesprächspartnern mit Erleichterung aufgegriffen. Gleichzeitig unterstrich die Botschaft in ihrer offiziellen Berichterstattung die geringe Bedeutung der sowjetischen Verhandlungen mit den Westmächten, die Hitler und Ribbentrop unter allen Umständen rechtzeitig zu torpedieren suchten, richtete dabei aber an die Vertreter der Westmächte die gezielte Warnung, den Einsatz, wenn möglich, merklich zu erhöhen. Schließlich gab der Botschafter in unmißverständlicher und wohl wiederum überspitzter Klarheit die Ansicht Molotovs nach Berlin weiter, Deutschland allein trage die Verantwortung für seine Polen-Politik, so daß, mit Schulenburgs Worten, „– was immer geschehen möge – die Schuld auf uns fallen würde.“

Seine dilatorische Gesprächsführung motivierte der Botschafter noch am 15. August 1939 – zwei Wochen vor dem geplanten Angriff auf Polen und angesichts des immer unwilligeren Drängens Hitlers auf Abschluß des Vertrags – mit der „Meinung, daß jedes stürmische Vorgehen in dieser Angelegenheit unserer Beziehungen zur Sowjetunion vermieden werden sollte; es wird fast immer schädlich wirken.“ Mit kühlem Mut gab er die Worte Molotovs, der sich nun mit Vorbedacht des von Schnurre und Schulenburg entwickelten Drei-Etappen-Schemas bediente, nach Berlin weiter: „Was man angefangen habe, müsse man auch zu Ende führen.“

Diese Versuche des Zeitgewinns waren so evident, daß Hitler und Ribbentrop erwogen, die Verhandlungen nach Berlin zu verlegen, den Botschafter seines Amtes zu entheben oder in den Gesprächen durch einen Parteigetreuen und Mann dritter Wahl, den Rechtsberater der NSDAP und Minister ohne Geschäftsbereich, Dr. Hans Frank, zu ersetzen. Das Veto der Sowjetregierung, die

die Fortführung der Verhandlungen in Moskau wünschte, sowie eine geeignete Kooperation zwischen Schnurre, Köstring, Weizsäcker und Schulenburg machten diese Pläne zunichte. Schulenburg selbst entgegnete auf den Versuch, ihm die laufenden Verhandlungen aus der Hand zu nehmen, mit der gemessen aber bestimmt vorgetragenen Überzeugung: „Gespräche mit Herrn Molotov führe ich wohl sicher am besten und am leichtesten. Der merkwürdige Mann und schwierige Charakter hat sich jetzt an mich gewöhnt und hat in Gesprächen mit mir einen großen Teil seiner stets gezeigten Zurückhaltung fallen gelassen. Jeder neue Mann würde von vorn anzufangen haben.“ Tatsächlich teilte Molotov dem Botschafter Mitte August 1939 mit, die Besprechungen der letzten Wochen hätten die Sowjetregierung zu der Überzeugung geführt, daß es die deutsche Regierung nunmehr wirklich ernst meine; sie zweifle nicht länger an ihrer Aufrichtigkeit.

Während die Deutsche Botschaft den Abschluß des Paktes weiter hinauszuzögern suchte, schalteten sich Ribbentrop und Hitler nun persönlich ein. Sie disqualifizierten die Dienste des Botschafters und schlugen Moskau einen Direkthandel vor. Faktisch aus den Verhandlungen ausgeschaltet, mußte die Botschaft in der sich anschließenden, letzten Phase vor Paktabschluß folgende Beobachtungen machen:

1. In seinen Gesprächen mit Schulenburg hatte Molotov bis zum 15. August 1939, dem Tag, an dem sich Ribbentrop persönlich in die Verhandlungen einschaltete, im wesentlichen die folgenden Wünsche der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht:

- a) Abschluß eines deutsch-sovietischen Nichtangriffspakts, der die UdSSR vor einem deutschen Überraschungsangriff, etwa im Anschluß an einen siegreichen Polenfeldzug, sicherte;
- b) Mäßigende Einwirkung Deutschlands auf seinen japanischen Partner;
- c) Gemeinsame Garantieerklärung über die Unverletzlichkeit der baltischen Staaten, - ein Riegel, den die Sowjetregierung seit 1934 möglichem deutschen Revanchismus vorzuschieben suchte.

Weit umfassender waren die sovjetischen Forderungen an die Westmächte, an denen die politischen Verhandlungen bereits gescheitert waren und die laufenden Militärverhandlungen zu scheitern drohten; von Frankreich und England wünschte Stalin:

- A das „Durchmarschrecht“ durch Polen, d. h. Truppenstationierung und somit faktisch Besetzung größerer Teile Polens in Richtung Norden (Ostpreußen) und Süden (Galizien);
- B das „Durchmarschrecht“ durch Litauen, d. h. Stationierung sovjetischer Truppen und faktische Besetzung des südlichen Litauen;
- C das „Durchmarschrecht“ durch rumänisches Territorium;
- D in der Ostsee die Besetzung der Ålands-Inseln, der Inseln Oesel, Dagö und Worms (Estland) sowie der Häfen Hangö, Pernau, Hapsal und Libau, durch die Baltische Sowjetflotte;
- E die (militärische) Neutralisierung Finnlands;
- F sovjetische Stützpunkte in den Meerengen des Schwarzen Meers und
- G an der Donaumündung.

Mit Deutschland wünschte die Sowjetregierung folglich ein erweitertes, Rapallo-

ähnliches Bündnis, gegen Deutschland hingegen einen beträchtlichen territorialen Zugewinn zur Ausweitung und Absicherung ihrer „Sicherheitszone“.

2. Erst nachdem Ribbentrop seine westlichen Rivalen ohne jeden Grund zu überbieten suchte, der Sowjetregierung die Komplexe „Ostsee, Baltikum, Polen, Südost-Fragen usw.“ zur restlosen Klärung anbot, ungebeten „vollständiges Entgegenkommen in allen angesprochenen Fragen“ signalisierte und darüber hinaus die Blanko-„Vollmacht des Führers“ bei sich zu führen versprach, um „über den Gesamtkomplex der deutsch-russischen Fragen zu verhandeln und gegebenenfalls entsprechende Verträge zu unterzeichnen“, nahmen die sowjetischen Wünsche an die deutsche Adresse zu. An jenem 18. August 1939, an dem Ribbentrop – zur peinlichen Überraschung der Botschaft und Verwunderung der Sowjetregierung – völlig überstürzt in die sowjetische Hauptstadt fliegen wollte, erwähnte Molotov zum ersten Male ein „*Protokoll*“, das gewisse Fragen der auswärtigen Politik regeln sollte – schlug die Geburtsstunde des geheimen Zusatzprotokolls, das Ostmitteleuropa teilen und über 50 Millionen Menschen dem Willen der großen Zwei aufopfern sollte. Die Antwort Ribbentrops auf diese zunächst recht vorsichtige Anfrage bestand darin, daß er „mit Generalvollmacht des Führers“ komme, die ihn „ermächtige, den Gesamtfragenkomplex erschöpfend und abschließend zu regeln“. Er sei insbesondere „in der Lage, ein spezielles *geheimes Protokoll* zu unterzeichnen, das Interessen beider Teile regelt, z. B. ... Interessensphäre im Ostsee-Gebiet, Fragen Baltenstaaten usw.“

3. Diese in der politischen Geschichte der jüngeren Zeit präzedenzlose Erklärung wurde durch ein persönliches Telegramm Hitlers an Stalin vom 20. August 1939 und die in ihm enthaltene Beteuerung untermauert, die Reichsregierung sei „entschlossen, *alle Konsequenzen*“ aus dieser „historischen Wende“ zu ziehen. Erst danach legte die Sowjetregierung der deutschen Seite jenen Wunschkatalog vor, der zur Grundlage des geheimen Zusatzprotokolls wurde. Das prompte deutsche Entgegenkommen hätte sie nachdenklich stimmen müssen. Stalin war es nicht. Unbekümmert und in einer nachgerade verantwortungslosen Vertrauensseligkeit offenbarte er sich bei den anschließenden Feierlichkeiten seinen deutschen Gästen als ein Freund Deutschlands, der seine westlichen Partner nur mit abschätzigem Mißtrauen in Kauf genommen hatte. Der Deutsche Botschafter aber verstand, daß Hitler am Verhandlungstisch teure Positionen kampflos preisgegeben hatte, um sie später auf dem Schlachtfeld wiederzuerlangen. Mit diesem Pakt, so teilte er seinen Mitarbeitern mit, seien nun doch die Bremsen gelockert worden, die Deutschland vor der Fahrt in den Abgrund hätten bewahren können; der Krieg, auf den Deutschland nun zugehe, werde „wie der Erste Weltkrieg sehr, sehr lange dauern“ (29).

In der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts leistete die Deutsche Botschaft Moskau – nach den Beobachtungen von Diplomaten dritter Länder – „**diplomatischen Widerstand**“ gegen den Vertragsbruch (30). Diese Form des Widerstandes scheint durchaus einen Platz in der Widerstandsforschung zu verdienen, und dies besonders, wenn man bedenkt, daß auch sie im konkreten Falle mit hohem Einsatz betrieben wurde.

Die totale ideologische Wende, in der Stalin am Morgen nach dem Paktabschluß

das gesamte System der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Komin-ternarbeit stilllegte, führte der Deutschen Botschaft in sehr klarer Weise vor Augen, daß er außenpolitische Sicherheit konsequent über ideologische Ziele stellte. Diese Tatsache lieferte eine eklatante Bestätigung für die Einschätzung der sovjetischen Ziele, die die Botschaft seit Jahren entwickelt hatte. Sie bestätigte auch den relativen Wert des Vertrags: So fragwürdig der Pakt in der nun eingetretenen Form war, so unnötig und völkerrechtlich zweifelhaft es gewesen war, einen Gebietsaustausch von diesem Ausmaß in den an sich durchaus erstrebenswerten Nichtangriffspakt zu integrieren – er stellte eine vertragliche Bindung dar, die Hitlers Expansionsgelüste zu zügeln konnte.

Das Bestreben der Botschaft in der ersten Phase dieses Paktes, die bis zum Besuch Molotovs in Berlin im November 1940 anhielt, war daher darauf gerichtet, Berlin einerseits immer wieder die großen politischen und wirtschaftlichen Vorzüge vor Augen zu führen, die das Bündnis mit der Sowjetunion brachte; es zielte andererseits darauf ab, unnötige Friktionen zu vermeiden und potentielle Konfliktstoffe auszuräumen, bevor sie Hitler einen Anlaß zu Gegenmaßnahmen bieten konnten. Die Haltung der sovjetischen Regierung, die peinlichst bemüht war, ihrem deutschen Partner in jeder erdenklichen Weise entgegenzukommen, erleichterte der Botschaft ihr Geschäft.

In der zweiten Phase des Paktes, der Periode zwischen dem Besuch Molotovs in Berlin und dem deutschen Angriff, in der die weiterreichenden militärischen Pläne Hitlers nicht mehr zu übersehen waren, entwickelte sie einen zunehmend verzweifelten Kampf um die Verhinderung eines Krieges. Sie suchte die Entscheidungsträger in Berlin, einschließlich Hitler selbst, von der Vernunftwidrigkeit dieses Unternehmens zu überzeugen und ging, als diese Initiativen fehl-schlugen, dazu über, die sovjetische Seite vor dem bevorstehenden Konflikt zu warnen. Das Scheitern dieser Versuche in beiden Richtungen entbehrt – so fragmentarisch es die dokumentarische Basis auch widerspiegelt – nicht einer tiefen menschlichen und weltpolitischen Tragik.

In den Wochen des deutschen **Polenfeldzugs** wurde die Botschaft auf mannig-fache Weise Zeuge der mangelnden militärischen Bereitschaft und des politischen Zögerns der Sowjetregierung, sich des ihr zugeordneten Teils des zerschlagenen polnischen Staatsgebildes zu bemächtigen. Es bedurfte anhalten-der Demarchen der Botschaft, um die sichtlich in Verlegenheit geratene So-vjetführung zu diesem Schritt zu veranlassen. Die Berichte des Botschafters, nach denen Moskau durch den erfolgreichen deutschen Blitzkrieg „völlig über-rumpelt worden“ sei, gaben die Stimmung wahrheitsgetreu wieder. Stalin selbst empfing in Anwesenheit der Volkskommissare für Äußeres, Molotov, und Ver-teidigung, Marschall Vorošilov, nach fast dreiwöchigem deutschen Drängen, in der Nacht vom 16. zum 17. September 1939 den Botschafter und Militärattaché, um ihnen die Erklärung abzugeben, die Rote Armee werde am nächsten Tage in breiter Front die polnische Ostgrenze überschreiten. Seine Sorge, die Wehrmacht könne im Schwung ihrer Offensive die Demarkationslinie in Rich-tung Osten überschreiten, blieb indes so groß, daß er Schulenburg und Köst-ring in der darauffolgenden Nacht erneut zu sich bat. Der Botschafter teilte seine Sorge und ersuchte die deutsche Regierung um eine Erklärung, die ge-eignet wäre, Stalins Zweifel zu zerstreuen, d. h. einem solchen Vorgehen Ein-halt zu gebieten.

Die Genugtuung über das in Polen erreichte Einvernehmen – aus sovjetischer Sicht die endgültige Revision des Diktats von Versailles – über das im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 27. September 1939 bezeugte deutsche Entgegenkommen in Bezug auf Litauen sowie über die Zurückhaltung der Westmächte, veranlaßten die Sowjetunion – nach den Beobachtungen der Moskauer Diplomaten – nun unter wachsender Expansionsfreudigkeit und im Gleichschritt mit den deutschen Eroberungszügen in Nord- und Westeuropa, die ihr im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts zugesprochene Interessensphäre „(wieder) in Besitz zu nehmen“, – hinter diesem sovjetischen Euphemismus stand die Tatsache, daß alle nun von ihr beanspruchten Gebiete, selbst die gegen deutschen Protest besetzte Nordbukovina, zu den früheren russischen Stammländern gehört oder zumindest kurzfristig unter russischer Herrschaft gestanden hatten. Den „Dank“ dafür, daß ihm dieser Akt der ‚Heimholung genuin russischer Gebiete‘ mit deutscher Unterstützung gewährt wurde, stattete Stalin den deutschen Vertretern durch beeindruckende Gesten von Freundschaft und Gastlichkeit ab.

Seine Haltung, begleitet von einer äußerst schroffen Rhetorik gegenüber England und Frankreich, denen die Sowjetregierung nun die Alleinschuld für den Krieg und seine Ausweitung zuwies, überzeugte deutsche Beobachter in Moskau von dem Interesse, das Stalin an einem starken Deutschland im Zentrum Europas hatte. Wie der Botschafter dem Auswärtigen Amt am 19. Oktober 1939 mitteilte, hatten Stalin und Molotov bekräftigt, daß sie ein machtvolles Deutschland als „unbedingte Voraussetzung für den Frieden in Europa“ betrachteten. Stalin ging so weit zu erklären, die Sowjetunion werde sich nicht damit einverstanden erklären, „daß die Westmächte Bedingungen schaffen, die Deutschland schwächen und es in eine schwierige Lage bringen könnten.“

Diese Haltung der Sowjetregierung charakterisierte auch die gesamte Periode des sogenannten **seltamen Krieges**. Die wachsende und zum Frühsommer 1941 hin virtuell unbegrenzte Lieferfreudigkeit kriegswirtschaftlich unentbehrlicher Rohstoffe, die die Sowjetunion Deutschland unter Umgehung internationaler Handelssperren zugänglich machte, waren der meßbare und für die Mitglieder der deutschen Handelsdelegation überzeugende Ausdruck des Willens Stalins, seinem deutschen Partner die Kriegführung im Westen zu erleichtern und den Sieg zu ermöglichen. Seine Berufung auf Bismarcks Leitsatz, daß es beiden Ländern stets gut gehe, wenn sie zusammenhielten, aber schlecht, wenn sie gegeneinander ständen, und sein expliziter Wunsch, ein starkes Deutschland im Herzen Europas möge durch feste, freundschaftliche und für beide Seiten nutzbringende Beziehungen auf Dauer mit dem Sowjetstaat verbunden sein, galten den deutschen Beobachtern als Ausdruck seiner wahren Interessen. Die These vom Abnützungs- oder Zermürbungskrieg, in den die Sowjetunion Deutschland angeblich im Westen treiben wollte – die vor dem Hintergrund der verfehlten deutschen England-Invasion im Sommer 1940 in Berlin entstand und sich später, unter dem Eindruck der deutschen Nachkriegsentwicklung verfestigte –, wurde von den Kennern der Lage in Moskau damals zurückgewiesen. So hielt Weizsäcker noch am 17. Januar 1941 fest: „Kenner Rußlands behaupten sogar, Rußland strebe gar nicht nach einer deutschen Niederlage. Seine Zukunft sei gesicherter, wenn Deutschland als kräftiger ... Faktor in Europa dominiere.“ (31)

Der **Molotov-Besuch** in Berlin im November 1940 war auf aktives Betreiben der Deutschen Botschaft Moskau zustande gekommen. Sie wußte, daß die Sowjetregierung im deutschen Vordringen in Richtung Balkan die Gefährdung ihrer Sicherheitsinteressen sah und hatte, spätestens seit dem deutschen Vorgehen in Rumänien und dem sog. Wiener Schiedsspruch, hinreichend Beweise dafür, daß Rücksichtnahme auf den sowjetischen Vertragspartner in Berlin bereits überflüssig schien. In Moskau wuchs die Unruhe über die deutschen Pläne. Diese konnte – nach Ansicht der Botschaft – nur durch eine neue Begegnung auf höchster Ebene und eine Erweiterung des bestehenden Vertragswerks ausgeräumt werden. Die Sowjetregierung wünschte dies und entsandte Molotov mit weitgehenden Vollmachten zu Gesprächen mit Hitler und Ribbentrop nach Berlin. Nach bangem Warten – Botschafter Schulenburg wurde, unter Verstoß gegen das übliche Protokoll, nicht zu den Gesprächen zugelassen – erlangten die Angehörigen der Botschaft darüber Gewißheit, daß Hitler die Sowjetunion in eine Konfrontation mit England treiben wollte und nur unter dieser Bedingung bereit war, die sowjetische Partnerschaft auf Zeit zu tolerieren; auf lange Sicht hingegen standen seine Kriegspläne fest. Die nicht unbedeutenden, aber nach Ansicht der Botschaft durch das wachsende Sicherheitsbedürfnis der UdSSR begründeten Wünsche Molotovs, die vor allem Bulgarien und dem Balkan, den Meerengen und der Haltung Japans galten, blieben unbeantwortet. Der Besuch Molotovs, der die deutsche Geschichtsforschung der Nachkriegszeit – vor dem Hintergrund der bei Kriegsende eingetretenen territorialen Veränderungen – vor schwierige Fragen gestellt hat, war aus der Sicht der Deutschen Botschaft nicht zuletzt an Ribbentrops Maßlosigkeit und dem unabhängig vom Ausgang der Gespräche feststehenden Entschluß Hitlers gescheitert, sich früher oder später durch eine endgültige Machtprobe des Partners im Osten zu entledigen. Führende Kräfte der deutschen Opposition, wie u. a. Carl Goerdeler, teilten diese Auffassung (32). Hitlers Absicht war auch durch die Note Stalins vom 25. November 1940 nicht mehr zu verrücken, die die Botschaft ein letztes Mal zu großen Hoffnungen berechtigte: Während die Sowjetregierung ihre Bereitschaft erklärte, dem Drei-Mächte-Pakt beizutreten und ihr Hauptinteresse in die von Hitler und Ribbentrop aufgezeigte Richtung, nämlich nach Süden, zu verlagern, forderte sie in einem Anflug von pedantischem Vertragsfetischismus den Abzug der deutschen Truppen aus Finnland, „das gemäß den Abkommen von 1939 zur Einflußsphäre der Sowjetunion gehört“, sowie das Recht auf Bulgarien und die Meerengen. Die Note Stalins blieb ungeachtet ihrer Unterstützung durch die Botschaft und wiederholter Nachfragen der sowjetischen Regierung unbeantwortet.

Denn inzwischen liefen die Vorbereitungen für das „**Unternehmen Barbarossa**“, die Hitler in seiner „Weisung Nr. 21“ vom 18. Dezember 1940 angeordnet hatte. Die Botschaft wußte seit August 1940 von Hitlers Entschluß zum Rußlandfeldzug. Sie hielt ihn für Wahnsinn, den Anfang vom Untergang Deutschlands. Nacheinander hatten Köstring (gegenüber Generalstabschef Halder), Herwarth (gegenüber Oberst i. G., B. von Lossberg, im Wehrmachtsführungsstab), Schnurre (gegenüber Göring) und der Referent des Botschafters, Walther, durch eine kollektive Denkschrift der Botschaft, die er über Hasso von Etdorf an Halder leitete, die Unhaltbarkeit dieses Entschlusses nachgewiesen. Alle diese Initiativen waren ergebnislos verlaufen. Als sich die Gerüchte Anfang 1941 verdichteten, gingen die Botschaft und die mit ihr verbundenen Kräfte des

Auswärtigen Amtes zu einer konzertierten Form des Kampfes gegen die Verwirklichung dieses Beschlusses über: Während Schnurre in persönlichen Vorstellungen bei Ribbentrop, Hitler, Göring und dem Oberkommando der Wehrmacht etwaigen wirtschaftlichen Argumenten für diesen Feldzug den Boden zu entziehen suchte, kämpfte der Botschafter um die Erlaubnis zu einer Berlin-Reise. In Monaten zähen Wartens verfaßte er zusammen mit Hilger und Köstring eine Denkschrift gegen diesen Krieg, die über Botschafter Walter Hewel auf Hitlers Tisch gelangte. Sie führte die Idee eines Blitzkriegs gegen die Sowjetunion *ad absurdum* und wies nach, daß selbst ein langer Krieg unter höchstem Einsatz von einer deutschen Angriffsarmee nicht zu gewinnen sei.

Die kompromißlose Offenheit des Botschafters sowie die anhaltenden Kontakte der Botschaftsangehörigen zu den westlichen Botschaften hatten zur Folge, daß im Januar 1941 die ersten – aktenkundig bekannten – SD-Untersuchungen gegen den Botschafter und seine Mitarbeiter liefen. Der Botschafter wies sie souverän zurück.

Nach dreimonatigem Ringen um die Zustimmung Ribbentrops zu der geplanten Reise verließ Schulenburg am Ostersonntag, dem 13. April 1941, die sowjetische Hauptstadt. Wenige Stunden zuvor ereignete sich auf dem Moskauer Bahnhof jenes merkwürdige *improvviso*, das in den Augen westlicher Beobachter der „absonderlichste Akt war, der jemals vom Oberhaupt eines großen Staates vollzogen wurde.“ (33) Stalin selbst erschien in Begleitung Molotows auf dem Bahnsteig, um Schulenburg in freundschaftlicher Vertrautheit zu sagen: „Wir müssen Freunde bleiben und dafür müssen Sie jetzt alles tun!“ Danach wandte er sich mit den Worten an den Stellvertretenden Militärattaché: „Wir werden mit Euch Freunde bleiben – auf jeden Fall!“ Diese „Bahnhofsszene“ stellte aus Sicht der Botschaft ein eindringliches Bekenntnis Stalins zu Deutschland dar.

Nach ausführlichen Erörterungen im Auswärtigen Amt, wo nun auch Staatssekretär von Weizsäcker auf seine Weise in die Bemühungen um Verhinderung dieses Krieges einstimmte, sowie zweiwöchigem, beharrlichem Warten in den Vorzimmern der Reichskanzlei wurde der Botschafter zum letztmöglichen Termin, am Nachmittag des 28. April 1941, von Hitler empfangen. Dies geschah, nachdem er sich geweigert hatte, nach Moskau zurückzukehren, ohne Hitler über die wahren Verhältnisse aufgeklärt zu haben, sein verlängerter Aufenthalt in Berlin aber in Moskau bereits Gerüchte auslöste und seine Abwesenheit bei der Mai-Parade auf dem Roten Platz auf deutsche Angriffsabsichten hätte schließen lassen können.

In seinen Ausführungen zur Lage in Moskau hob der Botschafter hervor, die Sowjetregierung sei „sehr unruhig über die Gerüchte, die einen deutschen Angriff auf Rußland voraussagen“. Hitler winkte mit der Entgegnung ab, daß „die Russen mit den Aufmarschplänen angefangen hätten“. Dies nahm der Botschafter zum Anlaß, um die sowjetischen Truppenbewegungen unter Hinweis auf „den bekannten russischen Drang nach 300 %iger Sicherheit“ als rein defensive Gegenmaßnahme gegen den immensen deutschen Aufmarsch an der sowjetischen Westgrenze zu erklären. Dabei ließ er es nicht an Warnungen fehlen: „Wenn wir für irgendeinen Zweck eine Division entsenden ..., entsendeten

sie ... 10 Divisionen, um ganz sicher zu sein.“ Schulenburg wies dann nach, daß das sovjetische Verhalten in jeder Hinsicht korrekt sei, die UdSSR auf dem Balkan lediglich ihre historische und durch Sicherheitserwägungen begründeten Interessen anmelde und keinen Anlaß biete, an der Aufrichtigkeit ihrer Haltung zu zweifeln. Die Anspielung Hitlers, England wolle Rußland „zum Angriff auf Deutschland kaufen“, wies er mit dem Hinweis zurück, daß Stalin die werbende Hand eines starken England und Frankreich im August 1939 zurückgewiesen und ihnen Deutschland vorgezogen habe; noch weniger würde der Realpolitiker jetzt mit einem geschwächten England paktieren wollen.

Mit seinen Argumenten lief der Botschafter offene Türen ein: Hitler wußte, daß Stalin keine Angriffsabsichten hatte. Als er Schulenburg deshalb brüsk mit den Worten entließ: „Und noch eins, Graf Schulenburg, einen Krieg gegen Rußland beabsichtige ich nicht!“, stand für diesen fest, daß Hitler ihn absichtlich mit der Unwahrheit abgespeist habe.

Mit der Erkenntnis: „**Der Krieg ist beschlossene Sache!**“ kehrte der Botschafter nach Moskau zurück. Die bis zum Angriff verbleibenden Wochen nutzte die Botschaft, um in kompromißloser Klarheit und mit dem Mut der Verzweiflung letzte, höchste Warnungen an die deutsche und nun auch an die sovjetische Seite zu geben. Auf militärpolitischem Gebiet fiel es Köstring, auf handelspolitischem Gebiet Hilger und auf übergreifend politischem Gebiet dem Botschafter zu, die von Angriffsabsichten freie, in ihrer Konzilianz bis dahin unübertroffene und in ihrer ausweichenden Zurückhaltung die Grenzen der Selbstgefährdung berührende Haltung der Sowjetregierung zu unterstreichen.

In sovjetischer Richtung ließ der Botschafter von seinem Erscheinen bei der Mai-Parade an durch seine Haltung – unterstützt durch gezielte Mitteilungen an Diplomaten dritter Länder – keinen Zweifel daran bestehen, wie er die deutschen Absichten einschätzte. Dies führte nach verstärkten Nachstellungen des Sicherheitsdienstes im Mai 1941 dazu, daß die Botschaft faktisch total vom diplomatischen Verkehr ausgeschlossen wurde.

Ihre Strategie des systematischen Warnens gipfelte in einer Mitteilung Schulenburgs und Hilgers an die Sowjetische Regierung: Sie nahmen die Anwesenheit des Sowjetischen Botschafters in Berlin, Vladimir Dekanozov, zum Anlaß, um diesen, zusammen mit dem Leiter der Deutschland-Abteilung im Außenkommissariat, Pavlov, einem Vertrauten Stalins, zu einem Arbeitsfrühstück in die Residenz einzuladen. In ihrem Gespräch mit Dekanozov und Pavlov wiesen Schulenburg und Hilger auf den Ernst der Lage hin und empfahlen der Sowjetregierung dringend, sofortige Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die sovjetische Reaktion war ungläubige Ratlosigkeit. Die Gäste wollten wissen, ob die Gastgeber in offiziellem Auftrag sprachen und worin ihre Legitimation zu dieser Art der Gesprächsführung bestand. Nach einigen Stunden stellten Schulenburg und Hilger ihre Bemühungen resigniert ein.

Die Frage nach den Gründen für diese Haltung der Stalin-Regierung – bis heute ein umstrittener Gegenstand der historischen Forschung – hat auch die Deutsche Botschaft Moskau zu jener Zeit beschäftigt. Sie neigte zu der Ansicht, daß der kühle Rechner Stalin seinem stärksten kontinentalen Gegner ein

gleichermaßen rationales Verhalten unterstellte: Er nehme an, daß die deutschen Truppenkonzentrationen das Druckmittel seien, um ihn zu immer größeren Lieferungen zu zwingen; und er halte es als gelehriger Schüler der deutschen Militärtradition für ausgeschlossen, daß Hitler seine Wehrmacht in einen Zweifrontenkrieg verwickeln könnte.

Die Deutsche Botschaft litt unter dem Wissen des unverrückbaren Vertrauens Stalins in die deutschen 'Tugenden': Rationalität, Verlässlichkeit, Partnerschaft. Als Botschafter Schulenburg in Begleitung von Dolmetscher Hilger in den Morgenstunden des 22. Juni 1941 den Kreml betrat, um sich des schwersten Auftrags seines Lebens zu entledigen, erfuhr er vom sowjetischen Außenkommissar, daß deutsche Flugzeuge bereits seit drei Stunden die Städte Odessa, Kiev und Minsk bombardierten. Den Worten Molotovs: „My étogo ne zasluživali!“ (Das haben wir nicht verdient!) pflichtete er im Wissen um die Berechtigung dieser Aussage bei. Die Botschaft, die unter Nutzung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Entfesselung dieses Krieges gearbeitet hatte, verstand, daß es sich um einen Angriffskrieg ohne Nötigung handelte. Die Begründung des „Präventivkriegs“, die Hitler in seinem Memorandum an die Sowjetregierung und in seiner Erklärung an das deutsche Volk entwickelte und, die die neuere deutsche Geschichtsbetrachtung wieder zu beleben sucht, war aus Sicht der Botschaft Ausdruck leugnerischer Entstellung oder krankhafter Phantasmagorie.

Mit Beginn des **Rußlandfeldzuges** vollzog sich in den Kreisen der Opposition einerseits und des Auswärtigen Amts andererseits eine charakteristische Scheidung der Meinungen: Außenpolitisch gut informierte Personen, wie etwa Ulrich von Hassell, sahen in ihm den Beginn der endgültigen Katastrophe Deutschlands; die Rußland-Kenner im Auswärtigen Amt hielten die Ziele Hitlers und Ribbentrops für illusorisch. Demgegenüber neigten andere zu der Ansicht, der Krieg sei zwar ein Unglück, müsse, da er einmal vom Zaun gebrochen sei, aber im Interesse Deutschlands gewonnen werden.

Dagegen hoben die ehemaligen Angehörigen der Botschaft in Moskau um Schulenburg auch in den Momenten der gigantischen deutschen Scheinsiege hervor, daß dieser Krieg von Deutschland nicht zu gewinnen sei. Sie sagten die militärische Entwicklung in exemplarischer Klarheit voraus. Während ihre prononcierte Anti-Kriegshaltung dazu führte, daß sie in der Praxis kaltgestellt wurden, lösten ihre halblegalen Aktivitäten in den Jahren 1942/43 zugleich verstärkte Nachstellungen des Reichssicherheitshauptamtes aus.

Im **Sommer 1943**, nach Ablauf der ersten zwei Kriegsjahre, war der Erkenntnisprozeß dieser nach langjährigem Auslandsaufenthalt nach Deutschland, in den Herd des Weltbrandes, zurückgekehrten Männer im wesentlichen abgeschlossen. Die im sogenannten Führerhauptquartier bestehende Konstellation ließ – nach wiederholten vergeblichen Versuchen – keine Hoffnung auf einen Sinneswandel der deutschen Führung zu. Anstöße, Ribbentrop und über ihn Hitler an den Verhandlungstisch zu bringen, die von Canaris und Weizsäcker unterstützt und mit japanischer und italienischer Hilfe lanciert worden waren, blieben ergebnislos. Eine politische Lösung des Weltkonflikts war mit einer nationalsozialistischen Regierung nicht möglich. Die Niederlage der deutschen Armee

und die Zertrümmerung Deutschlands waren imminenz, wenn nicht sofort eine entscheidende Veränderung in Deutschland eintrat. Als sich im August 1943 durch neue Konstellationen in der deutschen Opposition die Chance eines totalen Regimewechsels abzeichnete, stellte sich Graf Schulenburg im Alter von achtundsechzig Jahren der Verschwörer-Gruppe von Beck, Goerdeler und später Stauffenberg zur Verfügung. Er plädierte für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit Stalin, um diesen Krieg möglichst bald zu beenden.

Trotz der sich abzeichnenden militärischen Katastrophe schien die Idee von **Friedensverhandlungen der Opposition mit Stalin** im Sommer 1943 weniger illusorisch als dies später – vor dem Hintergrund des Kriegsendes und der alliierten Nachkriegspolitik – der Fall sein sollte. Mehrere Tatsachen konnten einem diplomatischen Pragmatiker vom Range Schulenburgs den Eindruck vermitteln, es bestehe vielleicht eine gewisse Gesprächsbereitschaft der Sowjetregierung:

1. Während der gesamten Kriegsdauer hatte Stalin eine klare Trennungslinie zwischen dem deutschen Volk und seiner derzeitigen Führung gezogen und betont, daß „die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat aber bestehen bleiben“. Stalin war an der Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ unbeteiligt. Diese Tatsachen konnten – in Kenntnis seines früher betonten Wunsches nach einem starken Deutschland im Herzen Europas – zu der Annahme führen, er sei auch weiter an der Erhaltung eines stabilen Faktors Deutschland interessiert.

2. Im Sommer 1942 hatte die Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe der sog. „Roten Kapelle“ illegale Propaganda für einen Sofort-Frieden mit der UdSSR gemacht. Mit der Zerschlagung dieser Gruppe ab September 1942, dem Prozeß und der Hinrichtung ihrer Mitglieder im Dezember 1942 gelangten Nachrichten in Umlauf, die anzudeuten schienen, daß diese Gruppe Anhaltspunkte für eine Friedensbereitschaft Stalins gegenüber einem veränderten Deutschland besaß. Diese Nachrichten gelangten über Verbindungsleute auch zur Kenntnis des Kreisauer Kreises und der Beck-Goerdeler-Gruppe.

Freilich konnte eine Verständigungsbereitschaft Stalins mit Teilen der deutschen Opposition im Sommer 1942 – der Zeit des tiefsten deutschen Eindringens in sowjetisches Gebiet – eine andere Bedeutung besitzen, als im Sommer 1943, der Zeit, in der die Rote Armee die irreversible Wende erzwang.

3. Die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland am 13. Juli 1943, d. h. noch während der Schlacht von Kursk und Orel, schien indes das Interesse Stalins zu bestätigen, mit den geläuterten Teilen des deutschen Militärs und Volks eine Friedensordnung herbeizuführen. Bei sofortigem kampflosem Rückzug der deutschen Wehrmacht schienen auch im Sommer 1943 Waffenstillstandsgespräche und ein für die oppositionellen Kräfte akzeptabler Friedensschluß möglich.

Dabei blieb allerdings aus Sicht der Opposition die Frage offen, ob ein Waffenstillstand und eventueller Friedensschluß im Osten zu einem Separatfrieden mit

Stalin oder aber als erster Schritt zu einer allgemeinen Friedenslösung hätte führen können und sollen. Da die deutsche Opposition kaum Einblick in die interalliierte Kommunikation besaß, schien ihr die zweite Möglichkeit zumindest nicht grundsätzlich verschlossen.

4. Die Sowjetregierung war in der Phase zwischen Stalingrad und Kursk, den Monaten Januar bis Juli 1943, nicht abgeneigt gewesen, deutsche Vorstellungen über einen eventuellen Friedensschluß anzuhören. Wie immer man diese „Anhörung“ auch interpretieren konnte – als Instrument zur Ausübung eines Drucks auf die Alliierten oder als Ausdruck eines ernsthaften, wenn auch vorsichtigen Entgegenkommens gegenüber neuen deutschen Kräftekonstellationen –, es hatte vermutlich zumindest ein Treffen zwischen sowjetischen und deutschen Unterhändlern stattgefunden (das Treffen Nikitins mit einem Ribbentrop-Boten in Stockholm in der zweiten Juni-Woche 1943), das – nach dem Eindruck Schulenburgs – offenbar an den illusionären deutschen Vorstellungen, wie dem Besitz der Ukraine, gescheitert war.

Allerdings hatten die beiden Streitkräfte einander zu diesem Zeitraum etwa mit gleicher Stärke gegenübergestanden und die Krise der Koalition eine zunehmende Verbitterung der Sowjetregierung sowie Mißtrauen gegenüber den westlichen Kriegszielen und Absichten ausgelöst. Ferner erfolgten die deutsch-sovietischen Berührungspunkte auf neutralem Territorium im direkten zeitlichen Zusammenhang mit Kontaktnahmen deutscher Sendboten zu westlichen Vertretern. Da bekannt war, daß Stalin Absprachen fürchtete, die zu einem Separatfrieden im Westen führen konnten, war es auch denkbar, daß er seinen Koalitionspartnern lediglich nicht nachstehen und für den Ernstfall eine Gegenlösung parat haben wollte.

5. Es war Admiral Canaris gelungen, in einer kühnen Verknüpfung zwischen geheimdienstlicher Manipulation und oppositioneller Friedensbereitschaft im neutralen Schweden eine vermittelnde Instanz zu etablieren, die Zugang zur Sowjetregierung herzustellen suchte. Von dieser Instanz wurde Schulenburg als der für die Verhandlungen geeignete Mann erwähnt. Dieser plädierte dafür, die in dieser Verbindung enthaltenen Möglichkeiten auszuloten. Er hatte zunächst in diesem Sinne auf Ribbentrop einzuwirken versucht; als Hitler jede Sondierung in dieser Richtung untersagt hatte, stellte er seine Kenntnis und seine Vermittlerrolle Ende Juli/Anfang August 1943 über seinen früheren Mitarbeiter Brücklmeier der Beck-Goerdeler-Gruppe zur Verfügung.

Die damit einsetzenden Bemühungen dieser Gruppe, eine Gesprächsbeziehung zur Sowjetregierung herzustellen, müssen vor dem Hintergrund der sowjetischen Außen- und Koalitionspolitik nach drei Zeiträumen gesondert betrachtet werden:

- dem Zeitraum von Mitte Juli (deutsche Niederlage bei Kursk, Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland) bis Anfang Dezember 1943 (Konferenz von Teheran);
- dem Zeitraum der vertieften sowjetisch-westlichen Zusammenarbeit zwischen der Konferenz von Teheran und der Errichtung der Zweiten Front, d. h. Dezember 1943 bis Anfang Juni 1944;
- und dem kurzen Abschnitt zwischen 6. Juni und 20. Juli 1944.

Im Zeitraum von **Mitte Juli bis Dezember 1943** schien die Gesprächsbereitschaft Stalins trotz des nunmehr unaufhaltsamen sovjetischen Vormarsches nicht gänzlich erloschen. Im Kontext der schwersten Koalitionskrise ging ihm die Nachricht zu, daß die westlichen Alliierten die seit langem versprochene Zweite Front in Europa auf dem Balkan errichten wollten. Ein solches Vorgehen konnte aus sovjetischer Sicht die Vision eines imperialistischen *cordon sanitaire* quer durch Ostmitteleuropa, von Jugoslawien bis nach Polen, hervorrufen. Dem hätte die Sowjetregierung durch eine diplomatische Vorwärtsstrategie zuvorkommen können, indem sie etwa durch Verhandlungen mit einer potentiellen deutschen Widerstandsregierung einen Brückenschlag ins Herz Europas vollzogen hätte. Nicht zufällig war die Frage nach den Möglichkeiten eines deutsch-russischen Separatfriedens im Zeitraum August bis Oktober 1943 ein Alptraum Roosevelts und das dominierende Thema der Expertenstäbe der westlichen Geheimdienste. Da durch das Eintreten Stauffenbergs in den engen Kreis der Verschwörer der Entschluß zum Staatsstreich in diesem Zeitraum konkretisiert und eine Konsolidierung von Militärs und Zivilisten erreicht wurde, die eine geeignete Regierung versprach, hätte auch ihr Sendbote vor Stalin mit entsprechender Legitimation auftreten können.

Als Schulenburg im August 1943 durch Vermittlung von Eduard Brücklmeier mit Carl Goerdeler zusammentraf, gab er der Staatsstreichplanung mit dem Ziel der Beseitigung Hitlers und Etablierung einer nationalen Regierung unter Ausschluß der Nationalsozialisten seine Zustimmung und erklärte sich bereit, mit Stalin über die Modalitäten eines Waffenstillstandes bzw. Friedensschlusses zu verhandeln. Er wollte eine einseitige Wendung nach Osten, mithin die Suche nach einem Separatfriedensschluß mit Stalin vermeiden wissen und empfahl, gleichzeitig Verbindung zur britischen Seite zu suchen. Eine taktische Wendung nach Osten mit dem Ziel einer Spaltung der Allianz, wie sie in diesem Zeitraum sowohl von offiziellen Dienststellen als auch in oppositionellen Kreisen erwogen wurde, und jede Art des „Mühlespielens“ mit den Alliierten lehnte er ab. Seine Hoffnung bestand wohl darin, über das mit der Sowjetregierung geteilte, gemeinsame Interesse an der sofortigen Einstellung der Kämpfe, d. h. über einen zunächst einseitigen Waffenstillstand zu einer allgemeinen Waffenruhe und einer anschließenden umfassenden Friedenslösung zu gelangen. Er hielt dies nicht für ausgeschlossen, wenn die deutsche Seite dem kühlen Rechner Stalin mit vollständiger Aufrichtigkeit geeignete und befriedigende Angebote unterbreitete: Diese konnten nur im bedingungslosen Rückzug der deutschen Truppen zu den Grenzen von 1939 und einer klaren und endgültigen Verzichtserklärung im Hinblick auf jene Gebiete bestehen, die bis 1914 zum Russischen Reich gehört hatten. Dabei wären im Spätsommer 1943 vielleicht noch gemeinsame Garantieerklärungen im Hinblick auf Polen, Rumänien und die baltischen Länder denkbar gewesen, hätte neben Deutschland also möglicherweise einer Reihe von ostmitteleuropäischen Ländern eine Form von Unabhängigkeit erhalten werden können.

Unter dem Einfluß Schulenburgs stellten Goerdeler und Beck ihre Reserven gegenüber dieser unter dem Stichwort „Ostweg“ erörterten Lösung zurück. Auf dem gemeinsam erzielten Grundakkord aufbauend, beriet Schulenburg – nach vorausgegangenen vorbereitenden Gesprächen zwischen Goerdeler und Henning von Tresckow – bei einem Treffen mit Tresckow, das noch im August auf

Vermittlung Brücklmeiers in der Wohnung Schulenburgs stattfand, die technischen Möglichkeiten, um zu Stalin zu gelangen. Tresckow schlug die Durchschleusung Schulenburgs durch die deutschen Linien im Gebiet der Heeresgruppe Mitte vor. Das Planungsschema, das beide Männer entwickelten, sah vor, daß Schulenburg mit Stalin in Verhandlungen eintreten sollte. Kamen sie „zu einem Ergebnis ...“, so sollte eine militärische Aktion in Deutschland den Umsturz herbeiführen“ (34), wobei diese Aktion möglicherweise – gewissermaßen mit Deckung Stalins – von den deutschen Osttruppen ausgehen sollte (35). Dies bedeutete offenbar, daß Schulenburg unter der Voraussetzung geeigneter verbindlicher Versprechen der Opposition die Zusicherung Stalins erwartete, er werde im Moment des geplanten Staatsstreichs und des ihm folgenden Rückzugs des deutschen Ostheeres die Einstellung der Kampfhandlungen verfügen, um so der deutschen Opposition und der aus dem Staatsstreich hervorgehenden Regierung eine Chance zu geben. In den folgenden Monaten sollten in mehreren Anschlußgesprächen zwischen Tresckow und Schulenburg die technischen Voraussetzungen für diese Aktion geschaffen werden. Zu diesem Zwecke hatte Tresckow, möglicherweise auch Schulenburg selbst, Verbindung zu Generalfeldmarschall von Kluge, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, aufgenommen, um mit seiner Unterstützung einen Flug hinter die sovjetischen Linien zu bewerkstelligen. Diese Planung erwies sich im Herbst 1943, möglicherweise im Zusammenhang mit dem Ausscheiden Kluges nach einem Unfall am 12. Oktober 1943 oder der Versetzung Tresckows an die Front im nämlichen Zeitraum, als undurchführbar.

Desungeachtet trat der sogenannte Ostweg in den weiteren außenpolitischen Planungen des Herbstes 1943 weiter in den Vordergrund. Ende Oktober/Anfang November 1943 suchte Adam von Trott zu Solz im Rahmen einer Schwedenreise vergeblich Zugang zur Sowjetischen Gesandtin in Stockholm, Aleksandra Kollontaj. Der Zeitpunkt war ungünstig: In Moskau tagte die Außenministerkonferenz, die Sowjetregierung erwartete größeres Entgegenkommen der Westmächte und konnte sich schwerlich die Blöße eines derartigen Treffens, und sei es auf unterster Ebene, geben. Dennoch sprach sich Schulenburg auch in einer Lagebesprechung mit Goerdeler und Hassell, die Ende November 1943 in der Wohnung Brücklmeiers stattfand, mit Zuversicht für die Verständigungsbereitschaft Stalins aus. Eine Änderung trat mit der Kenntnis der Konferenz von Teheran ein.

Der Zeitraum von **Dezember 1943 bis 6. Juni 1944** (zwischen der Konferenz von Teheran und der Invasion am Atlantik) war von der bis dahin intensivsten Zusammenarbeit der Alliierten gekennzeichnet. Nachdem Roosevelt und Churchill der Sowjetregierung in Teheran unerwartet große Konzessionen gemacht und die Errichtung der Zweiten Front definitiv für Frühjahr 1944 und – wie es Stalin wünschte – am Atlantik zugesagt hatten, trat in der Koalition eine Phase der Entspannung ein; sie fand u. a. in einem Geheimdienstabkommen zwischen den USA und der UdSSR ihren ungewöhnlichen Ausdruck.

In der Beck-Goerdeler-Stauffenberg-Gruppe verringerte sich die Hoffnung auf eine Verständigung mit Stalin, wurden Schulenburg und Hassell – als Protagonisten des Ost- bzw. Westwegs – vereint als potentielle Außenminister einer neuen Regierung vorgesehen; sie sollten je nach Lage der Dinge Gespräche in

der einen oder anderen Richtung beginnen. Darüber hinaus nahm unter dem Eindruck des gewaltigen sovjetischen Terraingewinns – am Verhandlungstisch der Großen Drei wie auf dem deutsch-sovjetischen Kriegsschauplatz – in den Kreisen der Verschwörer das Interesse an der sogenannten Westlösung zu: Sie sah vor, in Absprache mit den Westmächten die Westfront zum Stehen zu bringen oder zu öffnen, die deutschen Truppen an die Ostfront zu verlegen und den sovjetischen Vormarsch aufzuhalten. Diese Vorstellungen, die den Vertretern der Westmächte nun auch in ausgereiften militärischen Planungen vorgelegt wurden, stießen bei diesen auf Ablehnung. In dieser hohen Zeit der Allianz forderten die Westmächte prinzipiell eine gleiche bedingungslose Kapitulation jeder deutschen Regierung gegenüber der UdSSR, wie sie sie seit der Konferenz von Casablanca für sich in Anspruch nahmen. Auf offiziellem und geheimdienstlichem Wege dürfte die Sovjetregierung in allen Einzelheiten Kenntnis von dieser geheimen Kommunikation zwischen Vertretern der Beck-Goerdeler-Stauffenberg-Gruppe und der Westmächte erhalten haben. Sie war zumindest in diesem Zeitraum detailliert über Meinungsbild und Planungsschemata dieser Gruppe unterrichtet. In dieser Zeit fügte sich definitiv ihr Bild von dieser Bewegung des deutschen Widerstandes zusammen: Es unterschied überscharf einen kleinen, durch preußisch-wilhelminische Traditionen geprägten, 'patriotischen' Flügel, der Deutschland durch eine Verständigung mit den Kräften von links zu retten suchte, von der überwiegenden Mehrheit dieser Bewegung; diese sei unter Führung Becks, Goerdelers, Schachts u. a. für eine Fortsetzung der imperialistisch-antibolschewistischen Kriegspolitik mit westlicher Unterstützung eingetreten. Unter dieser Voraussetzung hätte sich die Sovjetregierung wohl schon deshalb mit Zusagen an eine potentielle Widerstandsregierung extrem zurückgehalten, weil sie vermuten mußte, daß nach einem geglückten Umsturz der nach ihrer Ansicht dominierende 'imperialistische' Flügel die Regierungsgewalt übernehmen und, im Verein mit den Westmächten, zu einer neuen, stärkeren Bedrohung für sie werden könnte. Diese Einschätzung mußte sie – unabhängig von den ohnedies profitableren Bedingungen, die ihr das Bündnis mit den Westmächten nun einräumte – beträchtlich gegenüber der Idee eines deutsch-sovjetischen Brückenschlages erkalten lassen – eine Kühle, die tatsächlich ihren Ausdruck in wachsender Zurückhaltung auch gegenüber dem Nationalkomitee Freies Deutschland fand. Mit der erfolgreichen alliierten Landung in Frankreich änderte sich das Bild schlagartig.

In den Wochen nach der alliierten **Invasion vom 6. Juni 1944** war die Sovjetregierung offenbar extrem beunruhigt über das unkontrollierbare Vordringen der westlichen Armeen ins Zentrum Europas. Ihre Sorge kam im Ton der Proklamationen des Nationalkomitees Freies Deutschland zum Ausdruck, das nun an einer wirkungsvollen Verteidigung der deutschen Westgrenzen interessiert schien, und sie sprach aus den forciert betriebenen Geheimverhandlungen mit Vertretern der ostmitteleuropäischen Länder.

Erneut eröffnete sich für Kenner des sovjetischen Interesses an einem soliden Faktor Deutschland im Zentrum Europas die Perspektive der sovjetischen Verständigungsbereitschaft. Sie schien dadurch Bestätigung zu finden, daß Sovjetvertreter im Ausland die deutsche Linke in der Illegalität und im Exil in der zweiten Junihälfte auf die demokratische Aktionseinheit festzulegen suchten und sich die Führung des prosovjetischen kommunistischen Untergrundes in

Deutschland entsprechend diesen Empfehlungen tatsächlich zu Gesprächen mit den Stauffenberg nahestehenden Sozialisten bereit fand. Während Stauffenberg bei seinen Sondierungen in westlicher Richtung – diesmal mit dem Ziele von Mann-zu-Mann-Vereinbarungen der militärischen Befehlshaber – auch auf die amerikanische Ablehnung einer militärischen Westlösung unter Ausschluß der Sowjetunion stieß, schien die Sowjetregierung bereit, sich mit den Vorstellungen der deutschen Opposition vertraut zu machen. Adam von Trott zu Solz erhielt während einer Schwedenreise (19. Juni bis 2. Juli 1944) zwar keine Gelegenheit zu Direktgesprächen, konnte aber über Mittelsmänner die Frage an die Sowjetvertretung richten, ob die Regierung Stalin einer deutschen Widerstandsregierung, die auch das linke Parteienspektrum in angemessener Weise beteilige, eine Chance geben würde. Die Antwort schien zumindest zu beinhalten, daß eine solche Möglichkeit nach erfolgtem totalen Regimewechsel nicht ausgeschlossen wurde. Für Trott bedeutete sie eine Zusage.

Ein zweiter deutscher Sendbote, ein Mann von unklarer politischer Affiliation, wurde im gleichen Zeitraum, nämlich am 28. Juni 1944, ebenfalls in Stockholm, sogar von zwei gutplacierten sowjetischen Diplomaten zu einer anderthalbstündigen Begegnung empfangen.

Diese deutsch-sovjetschen Kontakte in Schweden sowie das zunehmend verzweifelte Werben der Sendboten des Widerstandes um eine Form der Westlösung veranlaßten auch die Regierung Churchill, in der ersten Juli-Woche 1944 einen konzilianteren Ton gegenüber der deutschen Opposition anzuschlagen; auch Roosevelt schien nun zum Einlenken sowie zum Abrücken von der Forderung nach unbedingter Kapitulation bereit.

Als sich der Stauffenberg-Kreis am 16. Juli 1944 im Bewußtsein der katastrophalen militärischen Lage zum letzten großen Planungsgespräch versammelte, konnte Trott berichten, daß die Zusagen der östlichen und westlichen Seite vorlägen. Diese Tatsache hatte Beck und Goerdeler bereits veranlaßt, endgültig der sogenannten vermittelnden Lösung zuzustimmen, in der unmittelbar nach dem Staatsstreich in beiden Richtungen verhandelt werden sollte; die Verhandlungen mit der sowjetischen Seite sollte Schulenburg unter Hinzuziehung von General Köstring für den militärischen Teil führen.

Tatsächlich scheint sich – wohl aus Gründen der Lage an der Ostfront, der großen internationalen Reputation Schulenburgs und vielleicht auch des größeren Gewichts der sowjetischen „Zusage“ – in den letzten Tagen vor dem Attentat im engen Kreis der Verschwörer noch einmal eine gravierende außenpolitische Umorientierung vollzogen zu haben: Am 15. Juli 1944 plädierte Goerdeler gegenüber Beck für die Nominierung Schulenburgs zum Außenminister, stimmte Beck im Gespräch mit Stauffenberg unter ausdrücklicher Ablehnung einer Westlösung zu. Am 17. Juli empfing Beck die Botschafter Graf von der Schulenburg und von Hassell, um sich in diesem Sinne ihrer Bereitschaft zu versichern.

Am 20. Juli 1944, ab zwölf Uhr mittags, also weniger als eine Stunde vor dem Attentat, strahlte die BBC London in deutscher Sprache einen Aufruf des Nationalkomitees Freies Deutschland an die deutsche Wehrmacht aus; Generalleut-

nant Hoffmeister begann ihn mit den Worten: „Deutschland steht vor der Aufgabe, eine Basis für Friedensverhandlungen zu schaffen.“ Diese Basis müsse durch die sofortige Beseitigung der Regierung Hitlers und Bildung einer neuen, verhandlungsfähigen Regierung gelegt werden.

Als dieser Aufruf erfolgte und sich Graf Stauffenberg auf das Attentat vorbereitete, war Polen bis zur Weichsellinie von der Roten Armee besetzt, auch das Russische Reich hatte Polen 1914 bis zur Weichsellinie in seinen Grenzen eingeschlossen. Die baltischen Länder wurden unter analogen historischen Reminiszenzen von der Sowjetarmee besetzt. Finnland, ebenfalls für mehr als ein Jahrhundert russisches Reichsgebiet, war im Begriff, einen diktierten Frieden zu unterzeichnen, den die Sowjetregierung seit 1940 angestrebt hatte. Demgegenüber waren die Länder, die nie zu Rußland gehört hatten, nämlich Rumänien, Jugoslawien, Ungarn und die Tschechoslowakei, noch unbesetzt, deutsches Gebiet nicht betreten.

Es ist bis heute unbekannt geblieben, worin die sovjetische „Zusage“ im einzelnen bestanden hat, die Trott und Stauffenberg am 20. Juli 1944 vorlag. Die sovjetischen Archive enthalten vermutlich die Antwort auf diese für das Verständnis des deutschen Widerstandes nicht unbedeutende Frage.

Ohne das Gebiet des historisch-spekulativen Gedankens zu betreten, entsteht indes der Eindruck, daß für eine geeignete Regierung, die nach einem geglückten Staatsstreich gebildet worden wäre, eine außenpolitische Chance bestanden hätte.

Von sovjetischer Seite wäre vermutlich zu diesem Zeitpunkt nur eine solche Regierung toleriert worden, in der eine zentrale Ausgangskonstellation von Stauffenberg und den ihm nahestehenden Sozialisten das Geschehen beherrscht hätten, und die stärker konservativen, nach Westen tendierenden Kräfte zurückgetreten, ihres Einflusses weitgehend beraubt worden wären. Dies hätte wohl eine Koalitionsregierung sein müssen, an der die Kräfte des kommunistischen deutschen Untergrundes einerseits und des Nationalkomitees Freies Deutschland andererseits in verhältnismäßig starkem Maße beteiligt gewesen wären. Ob eine solche Regierung sich auf einen breiteren Konsensus der deutschen Bevölkerung hätte stützen können, sei dahingestellt.

Nicht erkennbar ist ferner, ob eine solche Lösung die Zustimmung der westlichen Alliierten hätte erzielen können. Doch diese Frage lag bereits außerhalb des Verantwortungsbereichs der Verschwörer.

Ein Schluß aber kann mit Sicherheit gezogen werden: Ein auf solche Weise gerettetes und erhaltenes Deutschland wäre nicht jener Katharsis der Sühne ausgesetzt worden, welche das nach dem 20. Juli 1944 seiner besten Söhne beraubte deutsche Volk durchmachen sollte. Und vielleicht war dieses Bewußtsein – das Wissen um die notwendige, letzte Sühne – einer der tiefsten ethisch-psychologischen Beweggründe für das Mißlingen des Umsturzversuchs.

- 1) Eine Buchveröffentlichung zum gleichen Thema ist in Vorbereitung.
- 2) Klaus Hildebrandt hat Ende der siebziger Jahre auf dieses Forschungsdefizit aufmerksam gemacht und zugleich angedeutet, welchen Problemen eine derartige Untersuchung gegenübersteht: Hildebrandt, K., Die ostpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 29 (1978), S. 213–41.
- 3) Etwa der Analysen der Rußland-Vorstellungen Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg durch Hans Mommsen im Westen und Graf Stauffenbergs durch Kurt Finker im Osten Deutschlands (Mommsen, H., Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte, Jg. 32 (1984), Heft 2, S. 213–239 und Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Köln 1977).
- 4) So etwa die frühen Arbeiten von Hermann Graml und die neueren Untersuchungen von Lothar Kettenacker.
- 5) Mommsen, H., Die Geschichte des deutschen Widerstands im Lichte der neueren Forschung, in: Politik und Zeitgeschichte, 1986, 50, S. 3–18.
- 6) Martin, B., Das außenpolitische Versagen des Widerstandes, in: Schmäddecke, J. und Steinbach, P., Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 1037–60; Schröder, J., Bestrebungen zur Eliminierung der Ostfront 1941–43, Göttingen/Zürich 1985, Müller, K.-J., Der deutsche Widerstand und das Ausland (Beiträge zum Widerstand 1933–1945, Nr. 29), Berlin 1986 und Fleischhauer, I., Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sovjeteische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin 1986.
- 7) Boveri, M., Der Verrat im 20. Jahrhundert. II., Hamburg 1956, S. 84.
- 8) Während der differenziertere Frageansatz von Eberhard Zeller (Geist der Freiheit, München 1952, S. 324 f. und S. 373 f.) wenig Berücksichtigung fand, haben Gerhard Ritter (Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 369–82 „Ost oder West?“) und Peter Hoffmann (Widerstand. Staatsstreich. Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, S. 290–3 „Ostlösung?“) die weitere Diskussion durch die negative Behandlung dieser Frage geprägt.
- 9) G. Ritter, Goerdeler S. 377
- 10) So etwa aus englischer Sicht Wheeler-Bennett, J. W., (Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1954, Düsseldorf 1954, S. 638), der (S. 639) sogar von Schulenburgs 'Kuhhandel' spricht.
- 11) Dieser von Ulrich von Hassell geprägte Ausdruck kehrt ebenfalls in den genannten Werken wieder.
- 12) U. a. bei Hoffmann, Widerstand, S. 291.
- 13) U. a. Wheeler-Bennett, Nemesis, S. 338.
- 14) Hassell, U. von, Vom anderen Deutschland, Zürich 1946, S. 338
- 15) Nadolny, R., Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches, Köln 1985, S. 312
- 16) Diese Frage, die hier nur gestreift werden kann, wird mit im Zentrum der Buchveröffentlichung zu diesem Thema stehen.
- 17) Vgl. die Edition von Wolfgang Leonhard, Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes. Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und den USA, Freiburg i. Br. 1986, mit Hinweisen auf Graf Schulenburg und Herwarth von Bittenfeld, S. 14
- 18) Ueberschär, G. R., Ansätze und Hindernisse der Militäropposition gegen Hitler in den ersten beiden Kriegsjahren (1939–1941), in: Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, Bd. 5 der: Vorträge zur Militärgeschichte, Herford/Bonn 1984, S. 81–109, hier 97.
- 19) Hassell, Deutschland, S. 215
- 20) Als erste Studie: Wegner-Korfes, S., Graf von der Schulenburg – Mitverschwörer des 20. Juli 1944, in: Zeitschrift für Geschichtsforschung, Heft 8 (1984), S. 681–699; als ein erster biographischer Versuch: Sommer, E. F., Friedrich Werner Graf von der Schulenburg

- burg. Letzter Botschafter des Deutschen Reiches in Moskau, Ingolstadt 1987
- 21) Gafenco, G., *Préliminaires de la Guerre à l'Est. De l'accord de Moscou (21 août 1939) aux hostilités en Russie (22 juin 1941)*, Fribourg 1944, S. 215
 - 22) Herwarth, H. von, *Zwischen Hitler und Stalin*, Frankfurt 1982, S. 105
 - 23) Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, *Personalakten*, Berlin Document Center sowie Akte „N.S.D.A.P.“ aus dem Nachlaß Schulenburgs (Burg Falkenberg Opf.)
 - 24) Dazu als erster: Schapiro, L., *Die Geschichte der KPdSU*, Frankfurt 1962, S. 510 sowie: Pietrow, B., *Stalin-Regime und Außenpolitik in den dreißiger Jahren. Eine Zwischenbilanz des Forschungsstandes*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, NF 33 (1985), S. 495-517
 - 25) Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Rußland geh. Lfd. Nummer 73
 - 26) Die sovjetischen Quellen sind hier und im folgenden - in Übersetzung des Vfs. - zitiert aus: *Dokumenty vnešnej istorii SSSR*, Moskau
 - 27) Die deutschen diplomatischen Quellen sind zitiert aus: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, Serie D, Baden-Baden
 - 28) Maiski, I. M. *Memoiren eines sovjetischen Botschafters*, Berlin (-Ost) 1977, S. 495
 - 29) Herwarth, Hitler, S. 187
 - 30) Gafenco, *Préliminaires*, S. 39: „résistance diplomatique“
 - 31) Hill, L. E., *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, Berlin 1974, S. 233
 - 32) *Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Herausgegeben vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation (= Kaltenbrunner-Berichte)*, Stuttgart 1961, S. 354.
 - 33) Cassidy, H. C., *Moskau 1941-1943*, Zürich 1953, S. 14
 - 34) *Kaltenbrunner-Berichte*, S. 308
 - 35) *Kaltenbrunner-Berichte*, S. 508

Curriculum vitae

Geboren 1942 in Erfurt

- 1961: Bundesrepublik
Studium der Philosophie, Psychologie und Slavistik in Hamburg, der Osteuropäischen Geschichte und Slavistik in Paris und Rom
- 1970: Promotion im Fache Philosophie und Slavistik mit einer Dissertation über die Philosophie der Aufklärung in Rußland
- 1970 - 1971: Lektorin am Centre Interdisciplinaire der Universität Paris XII
- 1971 - 1972: Forschungsjahr der DFG in der UdSSR
- 1972 - 1973: Lehrauftrag an der Universität Jyväskylä, Finnland
- Ende 1973: Ruf an die Russische Abteilung der Hebräischen Universität Jerusalem
- 1974 - 1980: Gastdozentur an der Hebräischen Universität Jerusalem, Russian Studies Center
- 1980: Stipendium der DFG: Thema: Entstehung des Nationalismus im Russischen Reich
Arbeiten an der deutschen Frage im Russischen Reich
Fritz-Thyssen-Stiftung zur Erforschung der sogenannten Ost-Lösung im deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- 1986: Forschungsprojekt der Stiftung Volkswagenwerk über die Wiederansiedlung der Juden in Deutschland Ost und West nach 1945

Veröffentlichungen

u. a.

Fleischhauer, Ingeborg: Philosophische Aufklärung in Rußland
Rom 1977

Fleischhauer, Inge/
Klein, Hillel: Über die jüdische Identität:
Königstein 1978

Fleischhauer, Ingeborg: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sovjet-
union
Stuttgart 1983

Fleischhauer, Ingeborg/
Pinkus, Benjamin: The Soviet Germans, Past und Present
London 1986

Fleischhauer, Ingeborg: Die Deutschen im Zarenreich
Stuttgart 1986

Fleischhauer, Ingeborg: Die Chance des Sonderfriedens
Berlin 1986

Pinkus, Benjamin/
Fleischhauer, Ingeborg: Die Deutschen in der Sovjetunion
Baden-Baden 1987

Fleischhauer, Ingeborg: Die deutsche Opposition gegen den Rußlandfeldzug
In Vorbereitung